



La fuite n'est pas un crime
La fuite est un
droit **humain!**

Flucht ist kein Verbrechen
Flucht ist ein
****Menschen**recht!**

Vluchten is geen misdad
Vluchten is een
****mensen**recht!**

**Ökumenische Plattform in der Euregio Maas-Rhein (B/D/NL)
zur Asyl- und Flüchtlingspolitik**

**Oecumenisch platform in de Euregio Maas-Rijn (B/D/NL)
inzake de asiel-en vluchtelingenpolitiek**

**Plateforme oecuménique dans l'Euregio Meuse-Rhin (B/D/NL)
sur la politique d'asile et des réfugiés**

Die Synode des Evangelischen Kirchenkreises Aachen

Die Synode des Evangelischen Kirchenkreises Jülich

Die Synode des Evangelischen Kirchenkreises Krefeld-Viersen

Die Synode des Evangelischen Kirchenkreises Moers

Der Synodalrat der Vereinigten Protestantischen Kirche in Belgien
(VPKB)

Het breed moderamen van de Classis Limburg van de Protestantse
Kerk in Nederland (PKN)

Der Diözesanrat der Katholiken im Bistum Aachen

Mgr. Jean-Pierre Delville, évêque de Liège (B)

Mgr.Fr. Wiertz, bisschop van Roermond (NL)

Der Gemeindedienst für Ökumene und Mission der Evangelischen
Kirche im Rheinland - Region Niederrhein

Südwind – Institut für Ökonomie und Ökumene (Siegburg)

**Unterstützer der Resolution „Flucht ist kein Verbrechen-
Flucht ist ein Menschenrecht“**

Flucht ist kein Verbrechen
Flucht ist ein
Menschenrecht!



*„Wenn bei dir ein Fremder in eurem Land wohnt, sollt ihr ihn nicht unterdrücken. Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten, und du sollst ihn lieben wie dich selbst.; denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen. Ich bin der Herr, euer Gott.“
(3. Buch Mose, Kap. 19, 33-34)*

Seit Jahrzehnten steigt die Zahl der Opfer einer immer restriktiver und unmenschlicher werdenden europäischen Flüchtlingspolitik. Die Mitglieder der Euregionalen Plattform für Flüchtlingsarbeit halten es unter dem Eindruck der unmenschlichen Zustände, unter denen Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas, insbesondere in Nordafrika, und in den Ländern der EU leben müssen, für wichtig und dringlich, deutlich ihre Stimme zu erheben.

Unser Anliegen ist, die Not der Menschen, das Skandalöse ihrer Existenzbedingungen und ihre menschenrechtlichen Ansprüche ins Zentrum der politischen und gesellschaftlichen Aufmerksamkeit zu rücken. **In diesem Sinne fordern wir von den politischen Entscheidungsträgern in allen europäischen Ländern, im Europarat und im Europäischen Parlament**

- den sofortigen Stopp der Verfolgung und Ermordung von Flüchtlingen in den Anrainerstaaten der EU (z.B. in Marokko) und die Beendigung der Unterstützung dieser Jagd auf Menschen durch die EU, insbesondere durch den Einsatz der FRONTEX
- Transparenz und Kontrolle in Bezug auf den Einsatz von Frontex
- die Einsetzung von unabhängigen Menschenrechtsbeauftragten auf den Schiffen von Frontex
- die Beendigung der europäischen Abschottungspolitik zugunsten einer menschenrechtsorientierten Flüchtlingspolitik
- die Transparenz der Verhandlungen und die Offenlegung aller Vereinbarungen der EU mit den Anrainerstaaten
- die Verbesserung der Seenotrettung an den Außengrenzen der EU
- die solidarische und gerechte Verteilung der Flüchtlinge unter den Ländern der EU
- die freie Wahl ihres Fluchtziels für alle Flüchtlinge (Änderung der Dublin-Vereinbarung)

- die Beendigung von Abschiebungen in sog. Drittstaaten bzw. in Nicht-EU-Staaten
- den Verzicht auf Kettenabschiebungen
- die Abschaffung der Abschiebehaft
- besondere Schutzmaßnahmen für unbegleitete Kinder und jugendliche Flüchtlinge
- allen Flüchtlingen die Einlegung von Rechtsmitteln mit aufschiebender Wirkung zu ermöglichen
- eine großzügige Handhabung von Familienzusammenführungen
- ein Bleiberecht für Flüchtlinge mit Duldungsstatus
- die Ersetzung des Duldungsstatus durch einen Rechtsstatus
- das Recht auf Arbeit und Ausbildung und Beschulung während des Asylverfahrens/der Duldung.

Wir fordern eine Flüchtlingspolitik, die im Einklang steht mit den Grundwerten, auf denen die europäische Zivilisation basiert, mit der Menschenrechtscharta der UN, mit der Europäischen Menschenrechtscharta und mit unserem christlichen Auftrag.

Wir fordern alle Christen auf, die wachrüttelnden Worte von Papst Franziskus auf Lampedusa als Auftrag anzunehmen, sich ohne Wenn und Aber für eine Umkehr in der europäischen Flüchtlingspolitik stark zu machen.

Europäisches Flüchtlingselend – Euregionaler Widerstand

Die Tatsache eines vor aller Augen wachsenden Flüchtlingselends war im Jahre 1994 der Ausgangspunkt für die Gründung des „Comité für die Rechte der Flüchtlinge und Migranten in der Euregio“.

Als ökumenisches Projekt verschiedener Evangelischer Kirchenkreise aus Belgien, Deutschland und den Niederlanden und der Flüchtlingsinitiativen der katholischen Bistümer Lüttich, Aachen und Roermond hat das Comité erstmals am 20.6.2003 unter dem Titel **„Ökumenische Plattform in der Euregio zur Asyl- und Flüchtlingspolitik“** eine Resolution zur Asyl- und Flüchtlingspolitik verabschiedet, in der die Bedeutung der **„unbedingten Achtung des Rechts auf Asyl“** nachdrücklich bekräftigt wurde. Außerdem wurde die dringende Notwendigkeit betont, **„auf ein gemeinsames europäisches Asylsystem hin (zu) wirken, das sich auf die uneingeschränkte und allumfassende Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention stützt.“** Die Resolution fordert die europäische Politik auf, die Beschlüsse des Europäischen Rates aus dem Jahr 1999 im finnischen Tampere, die den Rahmen für eine an humanitären Maßstäben orientierte Asylpolitik formulieren, umzusetzen.

Diese Resolution dient bis heute als Grundlage für die euregionale Flüchtlingsarbeit, die in den letzten Jahren intensiviert werden musste: Es hat nicht nur keine Verbesserungen für Flüchtlinge und Asylsuchende gegeben, sondern in den vergangenen 10 Jahren wurden die politischen Grundlagen für den Umgang mit Flüchtlingen drastisch verschärft, ihre Existenzbedingungen haben sich entsprechend dramatisch verschlechtert.

Aus diesen Erkenntnissen ergibt sich die Notwendigkeit für uns alle, die Euregionale Plattform für Flüchtlingsarbeit zu nutzen, um die europäischen Bürger mit einem der bedenklichsten politischen Vorgänge in Europa und an seinen Grenzen zu konfrontieren.

Die Not der Menschen

Der wachsende Migrationsdruck auf die Außengrenzen Europas ist eine Folge der sich stetig verschlechternden Lebensbedingungen in Afrika, auf dem Kontinent, der in besonderem Maße durch Krieg, Hunger und Klimakatastrophen von den negativen Folgen der neoliberalen Globalisierung betroffen ist. Die meisten Menschen in vielen afrikanischen Ländern haben nichts oder kaum zu essen, es gibt für sie keine medizinische Versorgung, sie haben keine Lebens-, ihre Kinder keine Entwicklungschancen. Pure Not, Verzweiflung und Resignation treiben Millionen von ihnen in die Flucht. Mehr als ein Drittel der Flüchtlinge stirbt auf dem Weg durch die Wüste.

Diese Menschen haben nur die Wahl zwischen Pest und Cholera: Verhungern, verdursten, an einer unbehandelten Krankheit sterben oder dorthin fliehen, wo Wohlstand und Wohleben nicht zuletzt auf der gewaltsamen Aneignung afrikanischer Reichtümer basieren, nach Europa oder ins gelobte Land jenseits des Atlantiks. Auf dem Weg dorthin tragen sie das immer höher werdende Risiko des gewaltsamen Todes im kargen Gepäck. Viele Überlebende erreichen Europa nie, sondern stranden hilflos an einer der Außengrenzen Europas, am Evros, dem Grenzfluss zwischen der Türkei und Griechenland, in der Ägäis, im Mittelmeer oder in einer der nordwestafrikanischen Küstenregionen, insbesondere in Marokko.

Durch Zusammenarbeit mit der Ev. Kirche in Marokko (der Ev. Kirchenkreis Jülich unterhält mit ihr eine Partnerschaft) wird die Euregionale Flüchtlingsplattform regelmäßig über die Vorgänge in Marokko informiert. Zahlreiche Augenzeugenberichte und Erfahrungen von MitarbeiterInnen vor Ort zeichnen ein entsetzliches Bild der dortigen Zustände. Die Flüchtlinge, die nach monatelangen Wanderungen durch die Wüste dort ankommen, werden durch die örtlichen Behörden nicht nur nicht mit dem Nötigsten zum Überleben versorgt, sondern im Gegenteil ihrer letzten Habseligkeiten beraubt. Obwohl Marokko die Genfer Flüchtlingskonvention ratifiziert hat, kann kein Asyl beantragt werden, weil es kein entsprechendes Büro dafür gibt. Deshalb sind alle Flüchtlinge in Marokko völlig rechtlos und erhalten keinerlei staatliche Zuwendungen. Weil sie als Illegale leben, werden sie als Freiwild betrachtet und behandelt. Ohne Rechte und ohne Schutz sind sie den täglichen Repressalien und einem offenen Rassismus ausgesetzt. Neugeborene erhalten keine Geburtsbescheinigungen, keine Papiere, keinen Status.

Die Gewalt gegen Flüchtlinge in Marokko nimmt mehr und mehr zu, Menschenrechtsverletzungen gegen Flüchtlinge durch die marokkanischen Sicherheitskräfte sind an der Tagesordnung. Frauen werden wie selbstverständlich vergewaltigt, viele nicht nur einmal. Es ist gängige Praxis, dass von Flüchtlingen aus Plastikplanen errichtete Notunterkünfte durch die Ordnungskräfte (Polizei und Militär) täglich zerstört werden. Auch die Anzahl der Razzien ist enorm gestiegen, es wird mit brutaler, zum Teil tödlicher Gewalt gegen die Flüchtlinge vorgegangen. Menschen werden als lebende Fracht verladen, einzeln und weit voneinander entfernt in die Wüste des Grenzgebietes zu Algerien transportiert, damit sie keinen Kontakt untereinander haben und sich nicht gegenseitig unterstützen können, ohne Schuhe, damit sie keine Chance auf Entkommen haben. Sie werden in lebensfeindlicher Umgebung zum Sterben ausgesetzt, selbst Frauen, die gerade ein Kind geboren haben, werden gemeinsam mit ihrem Säugling ihrem tödlichen Schicksal überlassen. Schwerverletzte werden an geheim gehaltene Orte gebracht und dort in versteckte Gräben geworfen, nachdem man ihnen alle Identitätspapiere, Geld und Kommunikationsmittel abgenommen hat. Hier sterben sie an Orten, die niemand ohne Gefahr für Leib und Leben aufsuchen kann.

Die Migranten und Flüchtlinge befinden sich zu Tausenden in einer unentrinnbaren Zwickmühle: sie können weder ihre Reise fortsetzen noch umkehren noch im Land bleiben. Eine sehr große Anzahl von ihnen wäre völlig alleine Willkür und Misshandlungen ausgesetzt in einer Situation, in der die Behörden mit ihren Abwehrstrategien den Flüchtlingen mit todbringender Gleichgültigkeit begegnen. Marokkanischen Bürgern ist bei Strafe untersagt, auch nur die geringsten Hilfeleistungen zu gewähren, selbst medizinische und humanitäre Hilfe wird massiv behindert und unterdrückt. Einzig die vor Ort tätigen evangelischen und katholischen kirchlichen Organisationen, die Caritas und die Flüchtlingshilfe (CEI) der Ev. Kirche von Marokko und einige kleinere NGOs nehmen sich der himmelschreienden Not an, aber die personellen und finanziellen Kapazitäten reichen bei weitem nicht aus, auch nur die nötigste Hilfe zu leisten. Die Aktiven in der Flüchtlingsarbeit erhalten von den marokkanischen Behörden immer weniger Möglichkeiten, die Flüchtlinge ganz elementar zu unterstützen, um das Verhungern und Verdursten zu verhindern.

Trotzdem nimmt die Zahl der Flüchtlinge in den letzten Jahren dramatisch zu, kommen immer mehr Afrikaner, inzwischen auch Asiaten, nach Marokko, weil andere Fluchtwege versperrt sind. Viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind in vielfacher Weise stark bedroht. Mafiöse Organisationen verstärken durch

Menschenhandel und Zwangsprostitution das Elend der Flüchtlinge. Tausende von Flüchtlingen, denen es trotz aller Repressalien und lebensbedrohlicher Umstände gelingt, auf Booten Richtung Europa einen Platz zu finden, kommen bei ihren Versuchen, den europäischen Kontinent über das Mittelmeer zu erreichen, ums Leben, immer wieder wird berichtet, dass die Küstenwachen die Notsignale der sinkenden Boote ignorieren oder diese an der Landung hindern. Das Ausmaß der Verzweiflung macht die Tatsache auf drastische Weise deutlich, dass immer mehr Flüchtlinge in kleinen Schlauchbooten versuchen, das rettende europäische Ufer zu erreichen, weil diese von den Radaranlagen an den Küsten und auf den Marinebooten nicht erkannt werden, und damit in den sicheren Tod fahren.

Wer einmal mit eigenen Augen in die Gesichter der traumatisierten Flüchtlinge, wer ihre Wunden an Körper und Seele gesehen hat, wer einmal mit ihnen gesprochen und ihr Seufzen und Klagen und ihre Sehnsucht nach ein bisschen Frieden gehört hat, weiß, wie wichtig der Widerstand gegen diese Außenpolitik der Europäischen Gemeinschaft ist.

Politische und moralische Verantwortung

Für diesen skandalösen Umgang mit Menschen, die vor Gewalt und Elend fliehen, sind wir Europäer zu einem großen Teil verantwortlich, und zwar in doppelter Weise. Der erste, der außenpolitische Skandal, besteht darin, dass an den Außengrenzen der EU alles unternommen wird, um Flüchtlingen den Zutritt zu den Ländern der EU zu verwehren. Die Politik der europäischen Staaten hat Europa durch unüberwindbare, militärisch gesicherte Grenzzäune und durch Verfolgung der Flüchtlinge in der Ägäis, im Mittelmeer und an der atlantischen Küste, zu einer uneinnehmbaren Festung gemacht mit dem Ziel, möglichst keinen Flüchtling hereinzulassen. Jedes Jahr verbluten Menschen bei dem Versuch, den sechs Meter hohen Stacheldrahtzaun zwischen Marokko und der EU zu überwinden. Die EU lässt es zu, dass zahllose Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken, weil sie seeuntüchtige Boote benutzen. Viele werden durch die parlamentarisch nicht kontrollierte „Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen“ (Frontex) aus dem Hoheitsgebiet der EU zurückgedrängt, was oft ihren sicheren Tod zur Folge hat. Marokko und Libyen werden von der EU jedes Jahr mit Millionen Euro unterstützt, um unter konsequenter Missachtung der Menschenrechte Flüchtlinge und MigrantInnen von der EU fernzuhalten.

Zum zweiten, zum innenpolitischen Skandal, verdichten sich die Maßnahmen und gesetzlichen Regelungen innerhalb der Länder der Europäischen Union, die das Ziel verfolgen, Flüchtlingen, denen die Einreise in ein EU-Land gelungen ist, den Aufenthalt entweder sofort zu verweigern oder so schwer wie möglich zu machen. Zu diesen Abwehrmaßnahmen gehört vor allem die sog. Dublin-Verordnung, in der die Zuständigkeit der EU-Mitgliedstaaten in Bezug auf Asylverfahren geregelt wird und die gerade in ihrer dritten Fassung vom EU-Parlament beschlossen worden ist.

Diese Verordnung wird, als „Dublin-II“, seit dem 1. September 2003 in allen EU-Staaten und in den zwei Nicht-EU-Staaten Norwegen und Island, seit 2008 auch in der Schweiz, angewendet. Sie bestimmt, dass ein Flüchtling in dem europäischen Land einen Asylantrag stellen muss, in das er zuerst eingereist ist, und dass er in das Land dieses Erstkontaktes zurückgeschickt wird, wenn er in ein anderes Land weiterreist. Diese Regelung erweist sich für die Betroffenen als höchst bedrohlich, denn in der Mehrzahl der Fälle erfolgt die Abschiebung in ein Land, das menschenrechtliche Standards für die Flüchtlinge entweder nicht einhalten will oder kann. Diese sog. „systemischen Mängel“ (z.B. zu wenig Aufnahmekapazitäten mit der Folge von Obdachlosigkeit, Unterversorgung und Anfeindungen, Verfolgung, Rechtlosigkeit) müssten für Politik und Verwaltung hinreichender Grund sein, „blinde Abschiebungen“ aus rein formalen Zuständigkeitsgründen zu verhindern. Stattdessen spielen menschliche oder menschenrechtliche Überlegungen in der alltäglichen Praxis des behördlichen Umgangs mit Asylbewerbern so gut wie keine Rolle.

Die Dublin-Verordnung hat lebensbedrohliche, ja tödliche Folgen für Flüchtlinge, weil sie inhumane Vorgehensweisen einzelner EU-Länder gegen die hilfesuchenden Menschen legitimiert: Das Interesse der Flüchtlinge, einen Asylantrag im Land ihrer Wahl zu stellen, wird missachtet; handlungsleitend ist das Interesse der meisten EU-Länder, Flüchtlinge möglichst aus dem eigenen Bereich fernzuhalten oder schnellstmöglich wieder loszuwerden. Den Ländern an den Außengrenzen der EU, die meistens Erst-Einreise-Länder sind, werden dabei die größten finanziellen und sozialen Lasten zugemutet. Eine Solidarität unter den EU-Ländern hinsichtlich der Aufnahme-Quoten ist kaum feststellbar.

Zu einem Höhepunkt der EU-Abschottungspolitik und zu einem besonders schwarzen Tag für Flüchtlinge ist, ganz zeitnah, der 8. Juni 2013 geworden, an dem das Rücknahmeabkommen der EU mit Marokko unterzeichnet wurde: Die-

ser Vertrag im Rahmen der ENP (Europäische Nachbarschaftspolitik), der es möglich macht, dass Transsahara-Flüchtlinge aus der EU nach Marokko abgeschoben werden, hat beim Besuch von Cecilia Malmström, der Europäischen Kommissarin für Innere Angelegenheiten, am 1. März in Rabat seine Endfassung erhalten. Mit der ENP werden privilegierte Beziehungen zwischen der EU, Marokko und Tunesien aufgebaut, Algerien ist nur assoziiert. Die Bereitschaft Marokkos, alle Flüchtlinge und MigrantInnen, die über Marokko in die EU gekommen sind und die jetzt von Europa abgeschoben werden, zurückzunehmen, wird mit Visaerleichterungen für StudentInnen und Kaufleute erkaufte.

Selbst kritische EU-Parlamentarier sehen keine Chance, diesen von der EU als politischen Erfolg gefeierten Prozess der progressiven Abschottung aufzuhalten, dessen Ergebnis alle Beteiligten kennen: Viele bitterarme Flüchtlinge, die in Marokko gestrandet sind, und zusätzlich die aus Europa Abgeschobenen werden einem von Gewaltexzessen geprägten, gesetzes- und menschenrechtsfernen Bedrohungsszenario ausgesetzt. Viele von ihnen werden nicht überleben, zudem wächst die Gefahr, dass die Situation eskaliert und es zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen kommt. Europa nimmt, so die politische Logik, den Tod zahlloser Menschen, die Verzweiflung in die Flucht schlägt, nicht nur in Kauf, sondern ihr Leiden und Sterben steht im Fokus der europäischen Flüchtlings-Agenda.

Bei der alltäglichen Umsetzung der politischen Vorgaben haben die Ausländerbehörden zahlreiche lebensfeindliche, gewaltförmige Hürden aufgebaut, die den Flüchtlingen den Zugang zu den Ländern der EU verwehren bzw. ihnen den Aufenthalt unerträglich machen sollen. Diese lassen sich an den Berichten einzelner Flüchtlingsinitiativen für die Euregio sehr konkret veranschaulichen, die folgende Probleme auflisten:

- Abschiebungen, insbesondere von Roma (Einzelpersonen und Familien), die in Deutschland seit langer Zeit leben, Schulausbildung erhalten haben und weder die Sprache ihres „Heimatlandes“ kennen noch mit den dortigen Verhältnissen vertraut sind (Berichte aus Aachen, Mönchengladbach und vom Flughafen Düsseldorf)
- Rigide Praxis in vielen Ausländerämtern
- Inhaftierung von Flüchtlingen ohne jedes strafrechtliche Vergehen (z.B. Abschiebehaft)
- Verdrängung von nicht anerkannten Flüchtlingen in die Illegalität (Belgien) mit erheblichen Folgen für Versorgung, Gesundheit, Ausbildung der Kinder

- Streichung von Zuwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, wenn „fehlende Mithilfe“ oder Erschleichung von Sozialhilfe unterstellt wird, was häufig völlig willkürlich und unkorrigierbar geschieht
- Verweigerung jeglicher finanzieller oder materieller Unterstützung, z.B. in Belgien, mit dem Ergebnis, dass der Aufenthalt der Flüchtlinge dort eine Nicht-Existenz ohne jeden Schutz ist.

Diese regionalen Erfahrungen spiegeln wider, wie menschenfeindlich die gegenwärtige Flüchtlingspolitik ist. Das betrifft sowohl einzelne Länder wie Belgien, Deutschland und die Niederlande als auch die gesamte Europäische Union.

Die Flüchtlinge werden häufig zum Zweck der Abschiebung inhaftiert, oft müssen auch Minderjährige wochenlang in Abschiebehäft ausharren. Bei Abschiebungen ohne vorherige Haft ist die Frist zwischen dem Abschiebebescheid und der Durchführung der Abschiebung meist so knapp bemessen, dass kein Anwalt eingeschaltet bzw. kein Eilantrag für einen Abschiebestop eingebracht werden kann. Die Inhaftierung von Flüchtlingen ohne strafrechtliche Tatbestände steht im eklatanten Widerspruch zum Grundgesetz und zum demokratischen Rechtssystem.

Die Lebenssituation von Flüchtlingen ist selbst bei Duldung völlig ungesichert, denn sie erfolgt lediglich für jeweils kurze Zeitabschnitte. Jede neue Überprüfung kann die Abschiebung zur Folge haben. Diese Prozedur erstreckt sich oft über Jahre (sog. Kettenduldungen) und endet dann doch mit der Abschiebung von Menschen, die bis dahin häufig seelisch zerrüttet sind. In letzter Zeit waren besonders Roma, oft ganze Familien, von sog. Sammelabschiebungen betroffen.

Während der Zeit der Asylverfahren gilt für das erste Jahr ein Arbeits- und Ausbildungsverbot, womit diesen Menschen jede soziale und gesellschaftliche Integration verwehrt wird; danach ist es für sie aufgrund ihrer unsicheren Aufenthaltsdauer kaum möglich, einen Arbeitsplatz zu finden. Jugendliche haben zwar ein Recht auf Ausbildung, die kurze Zeit der Duldung oder die Ungewissheit über die Zukunft kommt aber meistens einem praktischen Ausbildungsverbot gleich. An der Versorgung der Asylbewerber weit unter dem Sozialhilfesatz, der für die einheimische Bevölkerung Anwendung findet, hat sich auch nach der im Juli 2012 verfassungsgerichtlich verfüigten Gleichsetzung der Zuwendungen wenig geändert, denn vielfach erfolgen weiterhin schikanöse Kürzungen und diskriminierende Sach- statt Geld-Leistungen.

Die verpflichtenden internationalen Vereinbarungen

Die politische Ausgrenzung von Flüchtlingen und ihre menschenunwürdige Behandlung durch Gesetze, Behörden und ihre ausführenden Organe sind nicht nur aus ethischen und humanitären Gründen unerhört, sondern auch, weil die Staaten, die zu diesen todbringenden Maßnahmen greifen, den internationalen Abmachungen zuwiderhandeln, zu denen sie sich in Sonntagsreden und beim gepflegten Floskelaustausch selbstredend bekennen:

- die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ (1948),
- die „Genfer Flüchtlingskonvention“ (1951),
- die „Europäische Menschenrechtskonvention“ (1998),
- die Beschlüsse des Europäischen Rates aus dem Jahr 1999 (im finnischen Tampere),
- die UN-Kinderrechtskonvention (1989) und die Europäische Konvention über die Ausübung der Rechte des Kindes (1996).

In Tampere wurde u.a. die Bedeutung der **„unbedingten Achtung des Rechts auf Asyl“** bekräftigt und eine gemeinsame europäische Asylpolitik beschlossen, die, so der finnische Ratspräsident, **„sich auf die uneingeschränkte und allumfassende Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention stützt“**, und er erklärte, **„dass alle zu beschließenden Maßnahmen an dieser zu messen seien.“**

Von diesen Absichtserklärungen ist bis heute fast nichts umgesetzt worden, die Verletzungen der Menschenrechtskonventionen bestimmen den Alltag der Flüchtlings- und Asylpolitik. Mit der „Dublin II“-Verordnung von 2003 hat sich eine rigide Abschottungspraxis der EU gegenüber Flüchtlingen durchgesetzt, die Grenzkontrollen wurden bis zur nahezu totalen Undurchlässigkeit verstärkt und die Möglichkeiten, Asyl in der EU zu beantragen, sind, bis auf wenige politisch gewollte und ökonomisch nutzbare Ausnahmen, auf ein Minimum geschrumpft.

Viele in NGOs tätige Akteure, die sich für Asylsuchende und Flüchtlinge einsetzen, aber auch kritische EU-Parlamentarier, der Europäische Gerichtshof und das Bundesverfassungsgericht haben in vielen kritischen Einschätzungen und Beschlüssen sowie in der alltäglichen Praxis die humanitären, rechtlichen und ethischen Defizite der europäischen Asylpolitik aufgezeigt. Die Mitte diesen Jahres vom Europäischen Parlament verabschiedeten Neufassungen der einschlägigen Regelungen hätten die Chance geboten, den Umgang der europäischen

Staatengemeinschaft mit Flüchtlingen und Asylsuchenden auf eine neue, respektvolle und menschenrechtskonforme Basis zu stellen. Die bisher vorliegenden Kommentare und Bewertungen kommen überwiegend zu dem Schluß, dass im Gegenteil einige scheinbare Verbesserungen durch überwiegend verschärfende oder in der Tendenz verstärkt ausgrenzende Verfahrensweisen aufgehoben werden - im übrigen größtenteils gegen die durchaus humanitär geprägten Vorstellungen der EU-Kommission.

Die EU-Aufnahmerichtlinie, in der die sozialen Aufnahmebedingungen für Asylsuchende während des Asylverfahrens geregelt sind, bringt Verbesserungen im Arbeitsmarktzugang, in der sozialen Sicherung, in der medizinischen Versorgung und bei der Identifizierung besonders Schutzbedürftiger, überläßt ihre Umsetzung aber letztlich den einzelnen Staaten, ohne sie wenigstens auf Minimalstandards zu verpflichten; zugleich werden die Haftgründe für Asylsuchende ausgeweitet und die Inhaftierung Minderjähriger, die gegen alle internationalen Menschenrechts-Vereinbarungen verstößt, zwar vage kindeswohlgerecht geregelt, aber weiterhin zugelassen.

Die Neufassung der Dublin-Verordnung - Dublin III - zur Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten im Asylverfahren nimmt Asylsuchenden einen der letzten Schutzmechanismen, den „subsidiären Schutz bei drohender Folter u.ä.“. Zwar spricht sie ein Überstellungsverbot bei systemischen Mängeln im Zielland aus, sieht persönliche Gespräche, Rechtsmittel und klarere Regeln für die Zustellung des Zuständigkeitsbescheides vor, im Art. 6 gibt es eine Garantie für Minderjährige auf Sicherung des Kindeswohls, aber durchweg alle Formulierungen sind so vage gehalten und geben Staaten und Behörden so viele Ermessensspielräume, dass letztlich an praktischen Verbesserungen für die schutz- und hilfebedürftigen Menschen zu zweifeln ist.

Schließlich sieht die Neufassung der EU-Asylverfahrensrichtlinie eine sog. „Sichere Herkunftsstaaten- und Drittstaatenregelung“ vor, deren Sicherheitsbegriff ohne jeden definitorischen oder menschenrechtlichen Rahmen willkürlichen Auslegungen, wann welcher Staat als „sicher“ gelten kann, Tür und Tor öffnet. Damit wird die Gefahr für Asylsuchende erhöht, Bedingungen ausgeliefert zu werden, die auf ihre psychische und physische Zerstörung angelegt sind. Verschärft wird diese Gefährdung durch die erhebliche Ausweitung der Gründe für sog. beschleunigte oder Grenzverfahren, die ein gesteigertes Risiko für Inhaftierung und Zurückschiebung ins Herkunftsland bergen, mit den absehbaren ka-

tastrophalen Folgen für die Betroffenen, zu denen auch Minderjährige gehören. Ein Höhepunkt der menschenunwürdigen politischen Ausgrenzungsstrategie von Menschen, die sich verzweifelt und erschöpft zu uns flüchten, ist, last not least, die Neugestaltung der „Eurodac-Richtlinie“, in der geregelt ist, dass als Hilfsmaßnahme für die Durchsetzung der Dublin-Verordnung von Flüchtlingen Fingerabdrücke genommen und gespeichert werden. Die aktuelle Regelung sieht vor, unter Missachtung fundamentaler Rechte Asylsuchender, insbesondere deren Recht auf Privatheit und Datenschutz, dass die Eurodac-Daten mit Europol abgeglichen werden können. Jeder Asylsuchende gerät so unter kriminalisierenden Generalverdacht, die pauschale Stigmatisierung von Asylsuchenden erhält eine formale Grundlage und substanzielle Menschenrechte werden für sie noch konsequenter als bisher abgeschafft.

Das alles klingt ungeheuerlich und ist unfassbar und geschieht doch im Namen der EU, die ausgerechnet wegen ihrer Verdienste um die Menschenrechte und den Frieden den Friedensnobelpreis zugesprochen bekommen hat. Das ist zynisch und unvereinbar mit der Realität des Mordens, die durch Europa toleriert und finanziert wird und von seinen PolitikerInnen zu verantworten ist. In der Regel wird die Abschottung in den Anrainerstaaten mit Mitteln der EU finanziert. Die EU verlagert durch diese Blockadepolitik das Flüchtlingsproblem. Dabei spielt das Einhalten von Menschenrechten keine Rolle. Die europäische Flüchtlingspolitik steht, kurz und knapp gesagt, in krassem Gegensatz zur Idee und zum Wortlaut der Erklärungen, Konventionen und Beschlüsse, die, an der politischen Realität gemessen, das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben stehen. Ein Europa, das seine zivilisatorischen, ethischen und humanitären Ansprüche ernst meint, sollte Flüchtlinge als kosmopolitische Chance begreifen und sie selbstverständlich und aktiv integrieren.

Unser christlicher Auftrag

Aus der Bestandsaufnahme der Lage von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Europa und an seinen Grenzen können wir nur schlussfolgern: Es ist höchste Zeit, dass wir als Kirche öffentlich Staat und Gesellschaft an die besondere Verantwortung angesichts der eigenen deutschen Geschichte erinnern. Aus dem Versagen und Schuldigwerden unserer (deutschen) Kirchen haben wir gelernt: »Wehret den Anfängen«. Die Unmenschlichkeit, Gewalt und brutale Ermordung Schutz suchender Menschen muss sofort ein Ende nehmen. Nie wieder darf

unsere Kirche schweigen, wenn Menschen systematisch und vorsätzlich gequält und getötet und als Hilfesuchende ihrem Schicksal überlassen bleiben. Wir machen uns sonst wieder schuldig am Tod hilfloser Menschen.

Zu unseren Verpflichtungen gegenüber den Menschen, die aus Afrika - und woher immer - zu uns kommen wollen, gehört es auch, wie uns selbst so auch den politisch Verantwortlichen immer wieder ins Gedächtnis zu rufen, dass die heutige katastrophale Lebens- und Versorgungslage auf dem afrikanischen Kontinent eine direkte Langzeitfolge der kolonialistischen Ausblutung im 19. Jahrhundert ist. Die kolonialistische und bis heute andauernde imperialistische - oder neo-liberale - Ausschlichtung der natürlichen Ressourcen des afrikanischen Kontinents hat zur Folge, dass viele Länder bis heute kaum eine Chance hatten, eigene wirtschaftliche, kulturelle und politische Wege zu finden und zu entwickeln. Ungerechte Handelsbeziehungen, die Auswirkungen des Klimawandels, Spekulationen mit Nahrungsmitteln und Nahrungsmittelkrisen, Vertreibung von Grund und Boden und Privatisierung der Lebensgrundlagen wie Saatgut und Wasser treffen die Menschen in den ärmsten Ländern und Regionen besonders hart. Die Hauptverantwortung für diese Krisen tragen jedoch die Industrieländer, in besonderer Weise die Länder der EU. Die Mitgliedsstaaten der EU profitieren vom Zugang zu neuen Energiequellen in Nordafrika und von der Ausbeutung der sogenannten seltenen Erden. Durch einseitige Handelsabkommen werden Fischfanggründe ausgebeutet und lokale Märkte zerstört, indem sie mit hochsubventionierten Produkten aus Europa überschwemmt werden. Militärische Strategien als vermeintlich legitimes Mittel der Ressourcensicherung sind inzwischen selbstverständlich geworden. Auch wir, keiner von uns, hätte eine andere Wahl als die zwischen resignativer Selbstaufgabe und Hoffnung auf Flucht in das scheinbare Paradies Europa, wenn wir unter vergleichbaren Bedingungen existieren müssten.

Die Tatsache, dass unsere friedliche und saturierte Gegenwart durch massive Menschenrechtsverletzungen abgesichert wird, ist für uns Christen eine unerträgliche Provokation, weil sie mit den Grundlagen unseres Glaubens unvereinbar ist, ja ihnen zutiefst widerspricht. In der Resolution von 2003 hatten wir den notwendigen christlichen Widerstand so begründet: **„Der Mensch ist als Ebenbild Gottes geschaffen. Die Gemeinschaft in Christus hebt die natürlichen Grenzen und Unterschiede der Menschen im Umgang mit einander auf. Das sind ... wesentliche Hinweise darauf, dass Diskriminierung, Ausgrenzung und Unterdrückung von Menschen der biblischen Botschaft und dem Evangelium von Jesus Christus zutiefst widersprechen.“**

Heute fügen wir dem hinzu, dass die Würde der Menschen für uns ein hohes und nicht verhandelbares Gut ist. Wir können und wollen nicht hinnehmen, wenn sie den notleidenden Menschen unserer Zeit von einer Politik gezielt genommen wird, für die nicht menschliche Würde und Menschenrechte, sondern Profit und Sicherung des eigenen Wohlstands handlungsleitend sind. Die Flucht von Menschen, die sie aus menschenunwürdigen Lebensverhältnissen befreien soll, ist für uns Christen ein gottgegebenes Recht, das allen Menschen zusteht, unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Glaubensrichtung. Wird das Gebot, Flüchtlinge zu schützen und ihnen Gastrecht zu gewähren, vorsätzlich verletzt, wird die Grundlage des christlichen Auftrages, allen Menschen barmherzig und mitmenschlich zu begegnen und gütiger Mitmensch zu sein, zerstört.

Die Missachtung des Lebensrechts von körperlich und seelisch schwer leidenden Menschen, die ohne Nahrung und Wasser, ohne ärztliche Versorgung, ohne Geld, ohne Kommunikationsmittel sich selbst und damit dem sicheren Tod überlassen werden, können wir nur als Mord bezeichnen. Wir vergessen die Geschichte nicht und haben aus ihr gelernt: Die Verbrechen an unschuldigen Menschen während der faschistischen Herrschaft haben die meisten Deutschen damals mit dem Hinweis entschuldigt, sie hätten davon nichts gewusst. Heute sind derartige Ausflüchte angesichts umfassender Berichterstattung ausgeschlossen. Für uns als Mitglieder christlicher Kirchen ist das Schuldbekenntnis Dietrich Bonhoeffers, eines Christen, der am 9. April 1945 Opfer faschistischer Mordgewalt wurde, eine Verpflichtung. Seine Worte mahnen uns zum Hinsehen und rufen uns zum Handeln auf und - wenn nötig - zum Widerstand gegen Gesetze und Praktiken, die Flüchtlinge entwürdigenden und tödlichen Bedrohungen ausliefern, denen sein Schicksal allzu sehr ähnelt:

„Die Kirche bekennt, die willkürliche Anwendung brutaler Gewalt, das leibliche und seelische Leiden unzähliger Unschuldiger, Unterdrückung, Haß und Mord gesehen zu haben, ohne ihre Stimme für sie zu erheben, ohne Wege gefunden zu haben, ihnen zu Hilfe zu eilen. Sie ist schuldig geworden am Leben der schwächsten und wehrlosesten Brüder Jesu Christi“.

(D. Bonhoeffer: Schuldbekenntnis, in Ethik, 11. Auflage 1985, S. 118-123)

Die Not wenden

Wir, die Absender dieser Resolution, wenden uns mit allem Nachdruck an die Entscheidungsträger in Kirchen und politischen Organisationen, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um diese unerträglichen Zustände und Maßnahmen umgehend zu beenden.

Wir fordern das Europäische Parlament dazu auf, sich von der europäischen Politik der Abschottung zu verabschieden und mit Nachdruck darauf zu drängen, dass an den Außengrenzen Europas, insbesondere in den Ländern des Maghreb, die Menschenrechte auch für Flüchtlinge und Migranten und Migrantinnen gelten. Bei fehlender Bereitschaft, Flüchtlinge und MigrantInnen gemäß den Menschenrechten zu behandeln oder ihnen die daraus abgeleiteten Rechte und Hilfen zukommen zu lassen, sind den Ländern des Maghreb alle EU-Finanzmittel zu versagen, die unserer Kenntnis nach mindestens 800 Mio. Euro jährlich betragen, und alle weiteren Zusagen etwa im Rahmen des Rückführungsabkommens, sofort zurückzunehmen.

Unsere Forderungen und Appelle für eine Beendigung einer mörderischen Asyl- und Flüchtlingspolitik müssen auf allen kirchlichen und politischen Ebenen lautstark und verschärft ins öffentliche Bewusstsein dringen.

Hans-Peter Bruckhoff

Superintendent

Frère-Roger-Str. 8-10

D-52062 Aachen

E-Mail: hans-peter.bruckhoff@ekir.de

Vluchten is geen misdaad
Vluchten is een
mensenrecht!



Wanneer er een vreemdeling bij jullie in het land woont, dan mag je hem niet slecht behandelen. Integendeel: je moet hem behandelen alsof hij een geboren Israëliet is, en hem liefhebben zoals jullie jezelf liefhebben. Jullie weten immers, hoe kwetsbaar zijn positie is, omdat jezelf als vreemdelingen in Egypte hebt gewoond. Want ik, de Heer, ben jullie God. (Leviticus 19,33-34)

Al decennia lang stijgt het aantal slachtoffers van een Europese vluchtelingenpolitiek die steeds strenger en onmenselijker wordt. De leden van het Euregionale Platform voor Vluchtelingenwerk, onder de indruk van de onmenselijke omstandigheden waaronder vluchtelingen moeten leven aan de buitengrenzen van Europa, in het bijzonder in Noord-Afrika, alsook in de landen van de EU, voelen zich geroepen hun stem duidelijk te laten horen.

Wat wij verlangen is, de nood van de mensen, het schandaal van hun bestaansvoorwaarden en hun aanspraken op mensenrechten, in het centrum van de politieke en maatschappelijke aandacht te brengen. **In deze zin eisen wij van de politiek verantwoordelijken in alle Europese landen, in de Europese raad en in het Europese parlement:**

- Het onmiddellijk stoppen met de vervolging en het vermoorden van vluchtelingen in de aangrenzende landen van de EU (bijvoorbeeld in Marokko) en het beëindigen van de steun aan deze jacht op mensen door de EU, in het bijzonder door het inzetten van de FRONTEX.
- Duidelijkheid en controle met betrekking tot de inzet van Frontex.
- Het inzetten van onafhankelijke vertegenwoordigers van mensenrechten op de schepen van Frontex.
- Het beëindigen van de Europese afgrenzingspolitiek ten gunste van een op mensenrechten georiënteerde vluchtelingenpolitiek.
- Verbetering van het zeereddingswerk aan de buitengrenzen van de EU.
- De solidaire en eerlijke verdeling van de vluchtelingen onder de landen van de EU.
- Vrije keuze van het doel van de vlucht voor alle vluchtelingen (wijziging van de Dublin-overeenkomst).
- Het beëindigen van de uitwijzingen naar zogenaamde derde staten, respectievelijk naar niet-EU-staten.

- Afzien van kettinguitwijzingen.
- Afschaffing van detentie voor uitwijzing.
- Bijzondere maatregelen ter bescherming van niet begeleide kinderen en jeugdige vluchtelingen.
- Voor alle vluchtelingen een beroep op rechtsmiddelen met opschortende werking mogelijk te maken.
- Een brede toepassing van gezinsherenigingen.
- Een verblijfsrecht voor niet-uitzetbare vluchtelingen.
- Vervanging van dit recht door een juridische status.
- Het recht op werk en opleiding tijdens de procedure.

Wij eisen een vluchtelingenpolitiek die in overeenstemming is met de grondwaarden waarop de Europese beschaving is gebaseerd, met de mensenrechtencharta van de VN, met de Europese mensenrechten-charta en met onze christelijke opdracht.

Wij roepen alle Christenen op, zich de wakker schuddende woorden van paus Franciscus op Lampedusa aan te trekken en zich zonder mitsen en maren sterk te maken voor een ommekeer in de Europese vluchtelingenpolitiek.

Europese Vluchtelingenellende - Euregionaal verzet

Het feit van een voor alle ogen zichtbare groeiende vluchtelingenellende was in het jaar 1994 het uitgangspunt voor de oprichting van het 'Comité voor de Rechten van Vluchtelingen en Migranten in de Euregio'.

Als oecumenisch project van verscheidene Evangelische kerkprovincies uit België, Duitsland en Nederland en van de vluchtelingeninitiatieven van de katholieke bisdommen Luik, Aken en Roermond heeft het Comité voor het eerst op 20 juni 2003 onder de titel '**Oecumenisch Platform in de Euregio voor Asiel- en Vluchtelingenpolitiek**' een resolutie over Asiel- en Vluchtelingenpolitiek geproduceerd, waarin de betekenis van de '**onvoorwaardelijke eerbiediging van het recht op asiel**' nadrukkelijk werd bekrachtigd. Bovendien werd de dringende noodzaak vermeld van 'het werken aan een gemeenschappelijk Europees asielsysteem dat steunt op de onbeperkte en allesomvattende toepassing van de Geneefse vluchtelingenconventie'. De resolutie riep de Europese politiek op, de besluiten van de Raad van Europa uit het jaar 1999 in het Finse Tampere, die het raamwerk voor een op humanitaire maatstaven georiënteerde asielpolitiek vormen, te verwezenlijken.

Tot op heden dient deze resolutie als basis voor het euregionale vluchtelingenwerk, dat in het afgelopen decennium geïntensiveerd moest worden. Helaas zijn er niet alleen geen verbeteringen voor vluchtelingen en asielzoekers gekomen, maar zijn de politieke grondslagen voor de omgang met vluchtelingen verzaagd en hun bestaansvoorwaarden daardoor dramatisch verslechterd.

Uit deze inzichten blijkt de noodzaak voor ons allen, om het Euregionale platform voor vluchtelingenwerk te gebruiken, om de Europese burgers te confronteren met een van de meest bedenkelijke politieke gebeurtenissen in Europa en aan de grenzen daarvan.

De nood van de mensen

De groeiende migratiedruk op de buitengrenzen van Europa is een gevolg van de voortdurend verslechterende levensomstandigheden in Afrika. Dit continent is in bijzondere mate getroffen door honger, oorlog en klimaatrampen en de negatieve gevolgen van de neoliberale globalisering. De meeste mensen in veel Afrikaanse landen hebben nauwelijks iets te eten, er is geen medische verzorging, ze hebben geen vooruitzichten voor hun leven en geen ontwikkelingsmogelijkheden voor hun kinderen. Pure nood, wanhoop en berusting drijven miljoenen van hen op de vlucht. Meer dan een derde van de vluchtelingen komt om op de weg door de woestijn.

Deze mensen hebben slechts de keuze tussen pest en cholera. Sterven van honger, dorst of een onbehandelde ziekte, of daarheen vluchten waar welzijn en het goede leven veelal zijn gebaseerd op de gewelddadige toe-eigening van Afrikaanse rijkdommen, naar Europa of naar het beloofde land aan de overzijde van de Atlantische oceaan. Op de weg daarheen dragen zij het steeds grotere risico op een gewelddadige dood in hun schamele bagage. Veel overlevenden bereiken nooit Europa, maar stranden hulpeloos aan een van de buitengrenzen, aan de Evros, de grensrivier tussen Turkije en Griekenland, in de Egeïsche Zee, in de Middellandse Zee of in een van de Noord-Afrikaanse kustregio's, in het bijzonder Marokko.

Door samenwerking met de Evangelische Kerk in Marokko (de Evangelische Kerkprovincie Jülich vormt met deze kerk een partnerschap) wordt het euregionale vluchtelingenplatform regelmatig op de hoogte gehouden van de gebeurtenissen in Marokko. Talrijke berichten van ooggetuigen en plaatselijke medewerkers en medewerkers geven een ontstellend beeld van de toestanden aldaar. De vluchtelingen die daar na maandenlange omzwervingen door de woestijn aankomen, worden door de plaatselijke autoriteiten niet alleen niet van het allernoodzakelijkste voorzien om te overleven, maar zelfs van hun laatste bezittingen beroofd. Hoewel Marokko de Geneefse Vluchtelingenconventie heeft geratificeerd, kan geen aanspraak worden gemaakt op asiel, omdat daarvoor geen bureau voorhanden is. Daarom zijn vluchtelingen in Marokko volledig rechteloos en krijgen zij geen steun van staatswege. Daar zij als illegalen leven worden zij als loslopend wild behandeld en beschouwd. Zonder rechten en zonder bescherming zijn zij blootgesteld aan dagelijkse vormen van repressie en openlijk racisme. Pasgeboren kinderen krijgen geen geboortebewijs, geen papieren, geen status.

Het geweld tegen vluchtelingen in Marokko neemt hand over hand toe. Schendingen van mensenrechten tegenover vluchtelingen door de Marokkaanse veiligheidsdiensten zijn aan de orde van de dag. Vrouwen worden als vanzelfsprekend verkracht, velen meermaals. Het is dagelijkse praktijk dat de door vluchtelingen uit plasticpanelen opgebouwde noodonderkomens, door de openbare ordetroepen (politie en militair) kapot worden gemaakt. Ook het aantal razzia's is enorm gestegen. Er wordt met keihard, deels dodelijk geweld tegen de vluchtelingen opgetreden. Mensen worden als levende vracht overgeladen, en alleen en ver van elkaar verwijderd naar de woestijn in het grensgebied met Algerije vervoerd. Daardoor is er geen onderling contact mogelijk en kunnen ze elkaar ook niet steunen. Bovendien worden hun schoenen afgenomen, zodat ze niet kunnen ontsnappen. Ze worden in een levensbedreigende omgeving neergezet om te sterven. Zelfs vrouwen die net een kind hebben gekregen, worden samen met hun baby aan hun dodelijke lot overgelaten. Zwaargewonden worden naar geheime plaatsen gebracht en daar in verborgen graven gegooid, ontdaan van alle identiteitspapieren, geld en communicatiemiddelen. Hier sterven zij op plaatsen, die niemand zonder gevaar voor lijf en leden kan bezoeken.

Met duizenden zitten migranten en vluchtelingen in een onontkoombare val: ze kunnen hun reis niet vervolgen, maar ook niet in het land blijven. Zeer velen van hen zouden zijn blootgesteld aan willekeur en mishandeling in een situatie, waarin de autoriteiten met hun afwerende strategieën de vluchtelingen met dodelijke onverschilligheid bejegenen. Het is Marokkaanse burgers verboden ook maar de geringste hulp te bieden. Zelfs medische en humanitaire hulp wordt op grove wijze gehinderd en onderdrukt. Alleen de ter plaatse werkzame evangelische en katholieke kerkelijke organisaties, de Caritas en de Vluchtelingenhulp (CEI) van de Evangelische Kerk van Marokko en enkele kleinere NGO's (niet gouvernementele organisatie) bieden zorg in deze ten hemel schreiende nood. De persoonlijke en financiële mogelijkheden zijn echter bij lange na niet voldoende voor de hoogstnodige hulp. Degenen die actief zijn in het vluchtelingenwerk krijgen van de Marokkaanse autoriteiten steeds minder mogelijkheden om de vluchtelingen minimaal te steunen en te voorkomen dat ze omkomen van honger en dorst.

Desalniettemin neemt het aantal vluchtelingen in de laatste jaren dramatisch toe. Er komen steeds meer Afrikanen, intussen ook Aziaten, naar Marokko, omdat andere vluchtwegen versperd zijn. Vele alleenreizende minderjarige vluchtelingen worden op allerlei manieren ernstig bedreigd. Maffiose organisaties

versterken de ellende van de vluchtelingen met mensenhandel en gedwongen prostitutie. Duizenden vluchtelingen, die het ondanks alle repressieve maatregelen en levensbedreigende omstandigheden lukt, op de schepen naar Europa een plaats te vinden, komen om het leven bij hun pogingen het Europese continent over de Middellandse zee te bereiken. Steeds weer komen er berichten dat de kustwachten de noodsignalen van zinkende boten negeren of deze bij de landing hinderen. De mate van wanhoop wordt gruwelijk duidelijk door het feit dat steeds meer vluchtelingen proberen de reddende Europese oever te bereiken in kleine opblaasboten. Deze boten zijn niet zichtbaar voor de radarinstallaties op de kust en de marineschepen, maar ook niet zeewaardig, zodat ze daarmee een zekere dood tegemoet gaan. Wie eenmaal met eigen ogen de gezichten van de getraumatiseerde vluchtelingen heeft gezien, en hun verwondingen aan lichaam en ziel, wie met hen heeft gesproken, hun verzuchtingen en verlangen naar een beetje rust en vrede heeft gehoord, weet hoe belangrijk het verzet is tegen deze buitenlandse politiek van de Europese Gemeenschap.

Politieke en morele verantwoordelijkheid

Voor deze schandalige omgang met mensen, die vluchten voor geweld en misère, zijn wij Europeanen voor een groot deel en in dubbel opzicht verantwoordelijk. Namelijk zowel door de buitenlandse als door de binnenlandse politiek. Het schandaal van de buitenlandse politiek is, dat aan de buitengrenzen van de EU alles wordt ondernomen om vluchtelingen de toegang tot de landen van de EU te belemmeren. De politiek van de Europese staten heeft Europa tot een onneembare vesting gemaakt met ondoordringbare, militair beveiligde grensafscheidingen. Vluchtelingen worden in de Egeïsche zee, in de Middellandse zee en aan de Atlantische kust vervolgd met als doel geen enkele vluchteling binnen te laten. Ieder jaar komen mensen om bij pogingen om over de zes meter hoge prikkeldraadhekken tussen Marokko en de EU te klimmen. De EU laat toe, dat talloze vluchtelingen verdrinken in de Middellandse zee, omdat ze niet zeewaardige boten gebruiken. Velen worden door het parlementair niet gecontroleerde 'Europese Agentschap voor operationele samenwerking aan de buitengrenzen' (Frontex) uit het soevereine gebied van de EU verdreven, wat vaak hun zekere dood tot gevolg heeft. Marokko en Libië worden door de EU ieder jaar met miljoenen euro's gesteund om onder consequente verachting van de mensenrechten, vluchtelingen en migranten ver van de EU te houden.

Het schandaal van de binnenlandse politiek is, dat de maatregelen en de wettelijke regelingen binnen de landen van de Europese Unie steeds strenger worden, met als doel diegenen, die het gelukt is een EU-land binnen te komen, het verblijf ofwel meteen te weigeren dan wel zo moeilijk mogelijk te maken. Bij deze afwerende maatregelen hoort vooral de zogenaamde Dublinovereenkomst, vastgesteld door het Europees parlement, waarin de bevoegdheid van de EU-lidstaten met betrekking tot de asielbehandeling is vastgelegd.

Deze overeenkomst, wordt als 'Dublin II' sinds 1 september 2003 in alle EU-landen en in de twee niet-EU-staten Noorwegen en IJsland, en sinds 2008 ook in Zwitserland, toegepast. De overeenkomst bepaalt dat een vluchteling in dat Europese land asiel moet aanvragen, waar hij als eerste is binnen gereisd, en dat hij door het land van zijn eerste contact wordt uitgewezen, wanneer hij naar een ander land doorreist. Deze regeling blijkt voor de betrokkenen zeer bedreigend. In de meeste gevallen volgt namelijk uitwijzing naar een land dat mensenrechtelijke normen voor vluchtelingen niet kan of wil waarborgen. Dit zogenaamde systeemgebreken (bijvoorbeeld te weinig opnamecapaciteit met als gevolg dakloosheid, gebrek aan verzorging, vijandigheid, vervolging en rechte-loosheid) zouden voor politiek en regering voldoende grond zijn om 'blinde uitwijzingen' door puur formele redenen van omstandigheden te verhinderen. In plaats daarvan spelen overwegingen van menselijke of mensenrechtelijke aard in de dagelijkse praktijk van de omgang met asielzoekers door de autoriteiten, zo goed als geen rol.

De Dublin-overeenkomst heeft levensbedreigende, zelfs dodelijke gevolgen voor vluchtelingen. Deze overeenkomst legitimeert op allerlei manieren het onmenselijke optreden van afzonderlijke EU-landen tegen de hulpzoekende mensen. Het belang van de vluchtelingen, namelijk het indienen van een asielverzoek in het land van hun keuze, wordt niet serieus genomen. Bepalend voor de handelwijze, is het belang van de meeste EU-landen om vluchtelingen zoveel mogelijk buiten het eigen gebied te houden, of zo snel mogelijk kwijt te raken. De landen aan de buitengrenzen van de EU, meestal de landen van de eerste inreis, moeten daarbij de grootste financiële en sociale lasten opbrengen. Enige solidariteit onder de EU-landen met betrekking tot de opnamequota, kan nauwelijks worden vastgesteld.

Een voorlopig hoogtepunt van de EU-afschermingspolitiek en daarmee een bijzonder zwarte dag voor vluchtelingen was 8 juni 2013. Op deze dag werd het terugnameverdrag van de EU met Marokko ondertekend. Dit verdrag in het ka-

der van de ENP (Europese Burenpolitiek), maakt het mogelijk dat transSahara-vluchtelingen uit de EU naar Marokko afgeschoven worden. Het verdrag heeft bij het bezoek van Cecilia Malström, de Europese commissaris voor binnenlandse zaken, op 1 maart in Rabat zijn definitieve vorm gekregen. Met de ENP worden bevoorrechte betrekkingen tussen de EU, Marokko en Tunesië vastgesteld, Algerije is slechts geassocieerd. De bereidheid van Marokko om alle vluchtelingen en migranten die via Marokko in de EU zijn gekomen en die thans door Europa worden afgewezen, terug te nemen, wordt afgekocht met verlichting van visa voor studenten en kooplieden.

Zelfs kritische EU-parlementariërs zien geen mogelijkheid dit door de EU als politiek succes gevierde proces van verdergaande afscherming op te houden. Alle betrokkenen kennen het resultaat: vele doodarme vluchtelingen die in Marokko stranden. Daar komen dan de uit Europa afgeschovenen nog bij, die worden onderworpen aan een scenario van bedreiging met geweldsexcessen, schendingen van mensenrechten en wetteloosheid. Velen van hen zullen het niet overleven en daarbij groeit het gevaar dat de situatie escaleert en dat het tot burgeroorlogachtige toestanden komt. In de politieke logica neemt Europa de dood van talloze mensen die uit wanhoop op de vlucht zijn geslagen, niet alleen op de koop toe, maar hun lijden en sterven staan in het brandpunt van de Europese vluchtelingen-agenda.

Met de dagelijkse omzetting van politieke handicaps hebben de buitenland-
autoriteiten talrijke levensbedreigende, gewelddadige horden opgezet, die de vluchtelingen de toegang tot de landen van de EU belemmeren, dan wel het verblijf ondraaglijk moeten maken. Dit wordt concreet aanschouwelijk gemaakt uit de berichten van afzonderlijke vluchtelingenhulpgroepen in de Euregio, waarbij de volgende problemen aan de orde komen:

- Het afschuiven, in het bijzonder van Roma (afzonderlijke personen en gezinnen), die al langere tijd in Duitsland wonen, schoolopleiding hebben gevolgd en die noch de taal van hun 'thuisland' kennen, noch met de verhoudingen aldaar vertrouwd zijn (verslagen uit Aken, Mönchengladbach en van vliegveld Düsseldorf).
- Rigide praktijken in veel ministeries van Buitenlandse zaken.
- Opsluiting van vluchtelingen zonder enige strafrechtelijke overtreding.
- Verdringing van niet erkende vluchtelingen in de illegaliteit (België) met aanzienlijke gevolgen voor verzorging, gezondheid, vorming van de kinderen.

- Het vaak volledig willekeurig en niet corrigeerbaar schrappen van toelagen volgens de wet op werk door asielzoekers, als falende hulp of misbruik van sociale voorzieningen worden verondersteld.
- Het weigeren van enigerlei financiële en materiële steun, bijvoorbeeld in België, met als resultaat dat het verblijf van de vluchtelingen daar een niet-bestaan zonder enige bescherming is.

Deze regionale ervaringen weerspiegelen hoe mensvijandig de tegenwoordige vluchtelingenpolitiek is. Dat betreft zowel afzonderlijke landen zoals België, Duitsland en Nederland als de gezamenlijke Europese Unie.

Met het doel, hen af te schuiven, worden vluchtelingen vaak gevangengezet. Dikwijls moeten zelfs minderjarigen wekenlang doorbrengen in afschuifhechtenis. Bij uitzettingen zonder voorafgaande hechtenis is de termijn tussen de beslissing tot uitzetting en de uitvoering daarvan meestal zo krap bemeten, dat geen advocaat kan worden ingeschakeld, of een spoedaanvraag voor een uitzettingsstop kan worden ingediend. De gevangenzetting van vluchtelingen zonder strafrechtelijke feitenbestanden staat in eclatante tegenspraak met de grondwet en met het democratisch rechtssysteem.

De levenssituatie van vluchtelingen is, zelfs als zij worden geduld, volledig onzeker. Elke nieuwe controle kan uitwijzing tot gevolg hebben. Deze procedure strekt zich vaak over vele jaren uit (zogenaamde Ketenduldingen) en eindigt dan toch met de uitzetting van mensen, die tot dan toe vaak geestelijk ontredderd zijn. In de afgelopen periode zijn vooral Roma, vaak hele gezinnen, door deze zogenaamde verzameluitzettingen getroffen.

Tijdens de asielprocedure geldt voor het eerste jaar een werk- en studieverbod, waarmee deze mensen worden uitgesloten van elke sociale of maatschappelijke integratie. Daarna is het, vanwege hun onzekere verblijfsduur, nauwelijks mogelijk werk te vinden. Jongeren hebben weliswaar recht op scholing, maar de korte tijd waarin zij geduld worden of de onzekerheid over de toekomst, betekenen in de praktijk meestal een scholingsverbod. In de verzorging van de asielzoekers, die ver onder de sociale bijstandsnorm ligt die geldt voor de plaatselijke bevolking, is ook na de in juli 2012 wettelijk geregelde gelijkstelling van de uitkeringen weinig veranderd. Veelvuldig komen toch nog kortingen voor en discriminerende leningen in goederen in plaats van geld.

De verplichtende internationale overeenkomsten

De politieke uitsluiting van vluchtelingen en hun mensenwaardige behandeling door wetten, autoriteiten en hun uitvoerende organen, zijn niet alleen op ethische en humanitaire gronden ongehoord, maar ook omdat de staten in strijd handelen met de internationale afspraken, zoals daar zijn:

- de algemene verklaring van de rechten van de mens (1948)
- de Geneefse vluchtelingenconventie (1951)
- de Europese mensenrechtenconventie (1988)
- de besluiten van de Raad van Europa uit het jaar 1999 (in het Finse Tampere)
- de VN-kinderrechtenconventie (1989) en de Europese conventie over de toepassing van de rechten van het kind (1996)

In Tampere werd onder meer de betekenis van de **'onvoorwaardelijke eerbiediging van het recht op asiel'** bekrachtigd. Ook werd besloten tot een gemeenschappelijke Europese asielpolitiek die, zo sprak de Finse raadsvoorzitter, **'steunt op de onbeperkte en allesomvattende toepassing van de Geneefse vluchtelingenconventie'**. Ook verklaarde hij **'dat alle te besluiten maatregelen daaraan gemeten moeten worden'**.

Van deze intentieverklaringen is tot op heden bijna niets terecht gekomen. De schendingen van de mensenrechtenconventies bepalen de dagelijkse sleur van de vluchtelingen- en asielpolitiek. Met het 'Dublin II'-besluit van 2003 is een rigide praktijk van afscherming van de EU tegenover vluchtelingen doorgezet. De grenscontroles zijn versterkt tot bijna volledige ondoorlaatbaarheid en de mogelijkheden om in de EU asiel aan te vragen zijn, op enkele politiek gewenste en economisch nuttige uitzonderingen na, tot een minimum gekrompen.

Vele in NGO's werkzame spelers die zich inzetten voor asielzoekers en vluchtelingen, maar ook kritische EU parlementsleden, het Europese Gerechtshof en het Bondstribunaal hebben in talrijke kritische commentaren en besluiten en in de dagelijkse praktijk, de humanitaire, juridische en ethische tekorten van de Europese asielpolitiek aangetoond. De halverwege dit jaar door het Europese parlement gepubliceerde nieuwe versies van betreffende regelingen, zouden het mogelijk hebben gemaakt, de omgang van de Europese statengemeenschap met vluchtelingen en asielzoekenden, een nieuwe, respectvolle en mensenrecht-

tenconforme basis te geven. De tot nog toe bekende commentaren en evaluaties komen echter meestal tot de conclusie dat enkele schijnbare verbeteringen, door voornamelijk verscherpende en uitsluitende procedures worden opgeheven - overigens veelal in strijd met de algemeen humanitair bedoelde voorstellen van de EU-Commissie.

De EU-richtlijn voor opvang, waarin de sociale opvangvoorwaarden voor asielzoekers tijdens de asielprocedure geregeld zijn, brengt verbeteringen in de toegang tot de arbeidsmarkt, de sociale verzekering, de medische verzorging en bij identificatie van mensen die bijzondere bescherming nodig hebben. De toepassing wordt echter overgelaten aan de afzonderlijke staten, zonder deze tenminste te verplichten tot minimale standaards. Tegelijkertijd worden de gronden voor inhechteniseming van asielzoekers uitgebreid en wordt de opsluiting van minderjarigen, die in strijd is met alle internationale overeenkomsten voor mensenrechten, toch verder gewoon toegelaten, ook al wordt er vagelijk rekening gehouden met het welzijn van het kind.

De nieuwe versie van het Dublin-besluit - Dublin III - over de bevoegdheid van de lidstaten in de asielprocedure, ontnemt de asielzoekers een van de laatste beschermingsmechanismen: de subsidiaire bescherming bij dreigende marteling. Dit besluit voorziet weliswaar in een verbod tot overplaatsing bij systematische tekorten in het land van bestemming, in persoonlijke gesprekken, rechtsmiddelen en heldere regels voor de bezorging van de bevoegdheidsbeslissing. Ook biedt artikel 6 een garantie voor minderjarigen op zekerheid van het welzijn van het kind. In het algemeen zijn alle formuleringen echter zo vaag gehouden en krijgen staten en autoriteiten zoveel beoordelingsruimte, dat uiteindelijk moet worden getwijfeld aan verbeteringen voor de mensen, die bescherming en hulp nodig hebben.

Tenslotte voorziet de nieuwe versie van de EU-richtlijn voor asielprocedure in een zogenaamde 'Veilige herkomststaten-en derde staten-regeling', waarin op geen enkele wijze duidelijk wordt wanneer en welke staat als 'veilig' mag gelden. Daarmee wordt het gevaar voor asielzoekers groter, blootgesteld te worden aan voorwaarden die gericht zijn op hun psychische en fysieke vernietiging. Deze bedreiging wordt nog versterkt door de aanzienlijke uitbreiding van de gronden voor zogenaamde versnelde of grensprocessen, die een verhoogd risico geven op gevangenzetting en terugzending naar het land van herkomst, met de te voorziene catastrofale gevolgen voor de betrokkenen, waartoe ook minderjarigen behoren.

Een hoogtepunt in de mensenwaardige politieke uitsluitingsstrategie van mensen die wanhopig en uitgeput naar ons toe vluchten is, last but not least, de vernieuwing van de Eurodac-richtlijn. Daarin is geregeld dat als hulpmiddel voor het doorzetten van het Dublin-besluit, vingerafdrukken worden genomen en opgeslagen. De huidige regeling schrijft voor, dat de Eurodac gegevens kunnen worden vergeleken met Europol. Daarmee wordt volledig voorbijgegaan aan de fundamentele rechten van asielzoekers, in het bijzonder hun recht op privacy en bescherming van persoonsgegevens. Elke asielzoeker wordt zo een soort criminele verdachte en de willekeurige stigmatisering van asielzoekers krijgt een formele grond. Substantiële mensenrechten worden voor hen nog systematischer als tevoren afgeschaft.

Dat alles klinkt monsterachtig en is onbegrijpelijk en toch gebeurt het in naam van de EU, die uitgerekend vanwege haar verdienste voor de mensenrechten en de vrede de Nobelprijs voor de Vrede heeft gekregen. Dat is onverenigbaar met de realiteit van het moorden, dat door Europa wordt getolereerd en gefinancierd en door haar politici wordt verantwoord. In de regel wordt de afscherming in de aangrenzende staten gefinancierd uit middelen van de EU. De EU verlegt door deze blokkadepolitiek het vluchtelingenprobleem. Daarbij speelt het nakomen van mensenrechten geen rol. De Europese vluchtelingenpolitiek staat, kort gezegd, in krasse tegenstelling tot geest en de woorden van de verklaringen, de conventies en de besluiten die, gemeten naar de politieke realiteit, het papier niet waard zijn waarop ze staan geschreven. Een Europa dat zijn beschavende, ethische en humanitaire pretenties ernstig neemt, zou vluchtelingen moeten zien als een kosmopolitische kans en hen vanzelfsprekend en actief moeten integreren.

Onze christelijke opdracht

Uit de inventarisatie van de toestand van vluchtelingen en asielzoekers in Europa en aan haar grenzen, kunnen wij slechts concluderen, dat het de hoogste tijd is, dat wij als Kerk opstaan en de maatschappij herinneren aan de bijzondere verantwoordelijkheid vanuit onze geschiedenis. Van het tekortschieten en schuldig worden van onze (Duitse) kerken hebben wij geleerd: 'Wehret den Anfängen'. De onmenselijkheid, het geweld en de brutale moord op mensen die bescherming zoeken, moeten onmiddellijk ophouden. Nooit weer mag onze Kerk zwijgen, wanneer mensen systematisch en met voorbedachten rade wor-

den gepijnigd en gedood en als hulpzoekenden aan hun lot worden overgelaten. Anders maken wij ons opnieuw schuldig aan de dood van hulpeloze mensen.

Tot onze verplichtingen tegenover de mensen die, uit Afrika - of vanwaar dan ook - tot ons willen komen, behoort ook, dat we de politiek verantwoordelijken er steeds weer aan herinneren, dat de huidige catastrofale toestand van leven en verzorging op het Afrikaanse continent, een rechtstreeks gevolg is van de koloniale uitbloeden in de 19e eeuw. De kolonialistische en tot op heden voortdurende imperialistische - of neoliberale - uitbuiting van de natuurlijke hulpbronnen van het Afrikaanse continent hebben als gevolg, dat vele landen nauwelijks een kans hebben gekregen om eigen economische, culturele en politieke wegen te vinden en te ontwikkelen. Onrechtvaardige handelsbetrekkingen, de gevolgen van de klimaatverandering, speculatie met voedingsmiddelen en voedingsmiddelen crises, verdrijving van grond en bodem en privatisering van basisproducten als zaaigoed en water, treffen de mensen in de armste landen en gebieden bijzonder hard. De hoofdverantwoordelijkheid voor deze crises ligt bij de industrielanden, in het bijzonder de EU-landen. De lidstaten van de EU profiteren van de toegang tot nieuwe energiebronnen in Noord-Afrika en van de uitbuiting van de zogenaamde zeldzame aarde. Door eenzijdige handelsverdragen worden visgronden uitgebuit en lokale markten verstoord, doordat zij met hoog gesubsidieerde producten uit Europa worden overspoeld. Militaire strategieën als vermeend legitiem middel voor her veiligstellen van de grondstoffen, zijn inmiddels vanzelfsprekend geworden. Niemand van ons zou een andere keuze hebben als die tussen gelaten zelfopoffering en hoop op een vlucht in het schijnbare paradijs Europa, als wij onder vergelijkbare omstandigheden zouden moeten bestaan.

Het feit dat ons vreedzame en comfortabele heden door massale schendingen van mensenrechten wordt beveiligd, is voor ons Christenen een onverdraaglijke provocati. Het is onverenigbaar met de grondslagen van ons geloof, daarmee zelfs volledig in tegenspraak. In de resolutie van 2003 hadden wij het noodzakelijke christelijke verzet als volgt gemotiveerd: ***'De mens is naar Gods beeld geschapen. De gemeenschap in Christus heft de natuurlijke grenzen en verschillen van de mensen in de omgang met elkaar op. Dat zijn essentiële verwijzingen daarheen, dat discriminatie, uitsluiting en onderdrukking van mensen ten diepste in tegenspraak zijn met de Bijbelse boodschap en het Evangelie van Jezus Christus.'***

Vandaag voegen wij daaraan toe, dat de menselijke waardigheid voor ons een hoog en niet verhandelbaar goed is. Wij kunnen en willen niet accepteren dat de noodlijdende mensen van onze tijd het voorwerp worden van een politiek, waarvoor niet de menselijke waarde en de mensenrechten, maar profijt en het behoud van de eigen welstand het eigen handelen bepalen. De vlucht van mensen die zich uit mensonwaardige levensomstandigheden moeten bevrijden, is voor ons christenen een door God gegeven recht, dat alle mensen toekomt, onafhankelijk van herkomst, geslacht en geloofsrichting. Als het gebod, vluchtelingen te beschermen en hun gastvrijheid te verlenen, opzettelijk verzaakt wordt, wordt ook de grondslag van de christelijke opdracht om alle mensen barmhartig en medemenselijk te behandelen en een vriendelijk medemens te zijn, vernietigd.

De geringschatting van het recht op leven van geestelijk en lichamelijk zwaar lijdende mensen die zonder voedsel en water, zonder medische verzorging, zonder geld, zonder communicatiemiddelen aan zichzelf en daarmee aan een wisse dood worden overgelaten, kunnen wij slechts als moord karakteriseren. Wij vergeten de geschiedenis niet en hebben daarvan geleerd. De misdaden tegen onschuldige mensen tijdens het fascistische bewind hebben veel Duitsers destijds verontschuldigd met de verwijzing dat zij daarvan niets zouden hebben geweten. Vandaag de dag zijn dergelijke uitvluchten door de uitgebreide nieuwsverzorging uitgesloten. Voor ons als leden van christelijke kerken is de schuldbekentenis van Dietrich Bonhoeffer, een christen, die in 1945 het slachtoffer werd van fascistisch moordgeweld, een verplichting. Zijn woorden manen ons tot verantwoordelijkheid en roepen ons op tot handelen en - indien nodig - tot verzet tegen wetten en praktijken die vluchtelingen vernederen en uitleveren aan doodsbedreigingen, die erg lijken op zijn lot:

'De Kerk bekent de willekeurige toepassing van brutaal geweld, het lichamelijke en geestelijke lijden van talloze onschuldigen, onderdrukking, haat en moord te hebben gezien, zonder haar stem daarover te verheffen, zonder wegen te hebben gevonden om hen te hulp te snellen. Zij is schuldig geworden aan het leven van de zwakste en meest weerloze broeders van Jezus Christus.'

(D. Bonhoeffer, Schuldbekentnis, in Ethik, 11. Auflage 1985, S. 118-123)

De nood keren

Wij, de afzenders van deze resolutie, wenden ons met alle nadruk aan de verantwoordelijken in kerken en politieke organisaties, om alles wat in hun macht ligt te doen om deze onverdraaglijke toestanden en maatregelen onmiddellijk te beëindigen.

Wij eisen van het Europese parlement dat het afstand neemt van de Europese politiek van afgrenzing en dringen er met nadruk op aan, dat aan de buitengrenzen van Europa, in het bijzonder in de Maghreb-landen, de mensenrechten ook voor vluchtelingen en migranten gelden. Bij ontbrekende bereidheid om vluchtelingen en migranten volgens de mensenrechten te behandelen of hun de daaruit afgeleide rechten en hulp te verlenen, moet de landen van de Maghreb elke EU-financiering ontzegd worden, - naar ons bekend 800 miljoen euro per jaar -, en moeten alle verdere toezeggingen in het kader van het terugzendingsverdrag onmiddellijk worden geannuleerd.

Onze eisen en oproepen voor een beëindiging van de moorddadige asiel- en vluchtelingenpolitiek moeten op alle kerkelijke en politieke niveaus luid en helder in het openbare bewustzijn doordringen.

Hub Vossen

stafmedewerker Dienst Kerk en Samenleving

van Goghstraat 3

NL-6165 VG Geleen

E-Mail: hub.vossen@hetnet.nl

La fuite n'est pas un crime
La fuite est un
droit **humain!**



“Si un étranger vient séjourner avec vous dans votre pays, vous ne l’opprimerez point. Vous traiterez l’étranger en séjour parmi vous comme un indigène du milieu de vous; vous l’aimerez comme vous-mêmes, car vous avez été étrangers dans le pays d’Egypte. Je suis l’Eternel, votre Dieu. (Lévitique, chap. 19, vs.33-34)

Depuis des décennies le nombre de victimes d'une politique européenne concernant les réfugiés en proie à un régime de plus en plus restrictif ne cesse d'augmenter. Les membres de la Plateforme Eurégionale pour le Travail parmi les réfugiés se voient appelés à lever leurs voix haut et fort étant donné les conditions inhumaines dans lesquelles doivent vivre les réfugiés aux frontières extérieures de l'Europe, en particulier en Afrique du Nord et dans les pays de l'UE.

Il nous tient particulièrement à cœur de dénoncer la détresse de ces gens, leurs conditions de vie scandaleuses et de soutenir leur revendication des droits de l'homme en les plaçant au centre de l'attention tant politique que sociale.

C'est dans cet esprit que nous exigeons de la part des responsables politiques dans tous les pays européens, au sein du Conseil Européen et au Parlement Européen

- l'arrêt immédiat de la poursuite et de l'assassinat des réfugiés dans les états frontaliers de l'UE (p.ex. au Maroc) et la fin du soutien de cette chasse à l'homme par l'UE, en particulier par rapport à l'implication de FRONTEX
- transparence et contrôle relativement à l'engagement de Frontex
- l'engagement de mandataires de droit humain dans les bateaux de Frontex
- l'arrêt de la politique européenne d'exclusion en faveur d'une politique sur les réfugiés orientée sur le droit humain
- transparence des négociations et publication de toutes les conventions de l'UE avec les pays frontières
- réforme du sauvetage en mer aux frontières extérieures de l'UE
- la répartition solidaire et juste des réfugiés parmi les pays de l'UE
- libre choix du but de la fuite pour tous les réfugiés (amendement de la Convention de Dublin)
- arrêt des expulsions dans les soi-disant pays-tiers, resp. états non-UE
- abandon des expulsions en chaîne

- suppression de la détention en vue d'expulsion
- mesures particulières de protection pour les enfants non-accompagnés et les jeunes réfugiés
- rendre possible à tous les réfugiés l'application de moyens juridiques d'ajournement
- application généreuse de rassemblements de familles
- permis de séjour pour réfugiés tolérés
- remplacement du statut de tolérance par un statut de droit
- droit au travail et à la formation pendant la procédure d'asile ou de tolérance

Nous revendiquons une politique des réfugiés en accord avec les valeurs fondamentales sur lesquelles repose la civilisation européenne, avec la charte des droits de l'homme des Nations Unies, avec la charte européenne des droits de l'homme et avec notre mission chrétienne.

Nous appelons tous les chrétiens d'adopter comme mission les paroles de réveil du Pape François sur Lampedusa et prendre fait et cause sans réserve pour un revirement dans la politique européenne sur les réfugiés.

Misère des réfugiés en Europe – résistance eurégionale

Le fait que la misère des réfugiés augmentait devant les yeux de tous était, en 1994 le point de départ pour la fondation du “Comité pour les Droits des Réfugiés et Migrants dans l'Eurégio”.

Projet oecuménique de différentes régions ecclésiastiques évangéliques de Belgique, d'Allemagne et des Pays-Bas et d'initiatives pour les réfugiés des évêchés catholiques de Liège, d'Aix-la-Chapelle et de Roermond, le Comité a dès le 20.06.2003, publié sous le titre “Plateforme oecuménique dans l'Eurégio sur la politique d'asile et des réfugiés” une résolution sur la politique d'asile et de réfugiés, dans laquelle l'importance du **“respect absolu du droit d'asile”** fut énergiquement affirmé. En outre fut souligné la nécessité pressante “d'un système commun européen d'asile fondé sur l'application illimitée et complète de la Convention de Genève sur les Réfugiés.” La résolution invite la politique européenne de convertir les accords du Conseil européen de l'an 1999 à Tampere en Finlande, qui forment le cadre d'une politique d'asile basée sur des normes humanitaires.

Jusqu'ici cette résolution sert de base pour le travail eurégional parmi les réfugiés, qui a dû être intensifié pendant ces dernières années: Non seulement il n'y a pas eu d'améliorations pour les réfugiés et les demandeurs d'asile, mais dans les derniers 10 ans les bases politiques pour les rapports avec les réfugiés furent aggravés de façon drastique, et par conséquence leurs conditions d'existence se sont aggravées dramatiquement.

Il résulte de ces données la nécessité pour nous tous d'utiliser la Plateforme eurégionale pour le travail parmi les réfugiés, afin de confronter les citoyens européens avec un des phénomènes politiques les plus douteux en Europe et à ses frontières.

La misère des gens

La pression migratoire sur les frontières extérieures de l'Europe est une conséquence des conditions de vie dégradantes en Afrique, continent particulièrement frappé par la guerre, la faim et les catastrophes climatiques causées par les suites négatives de la globalisation néolibérale. Dans beaucoup de pays

africains, la plupart des gens n'ont rien ou presque rien à manger, il n'y a pas de soins médicaux, ils sont défavorisés dans leur vie, leurs enfants dans leur développement. La misère absolue, le désespoir et la résignation poussent des millions parmi eux vers la fuite. Plus d'un tiers des réfugiés meurt sur la route du désert.

Ces gens n'ont de choix qu'entre la peste et le choléra: mourir de faim, de soif ou des suites d'une maladie non traitée, ou fuir là où aisance et bonne chère reposent souvent sur l'appropriation par la force des richesses africaines, vers l'Europe ou vers la terre promise outre-atlantique. Sur la route de l'exil, ils portent le risque grandissant d'une mort violente dans leurs pauvres bagages. Beaucoup de survivants n'atteignent jamais l'Europe, mais atterrissent dans un état désespéré à une des frontières extérieures de l'Europe, sur l'Evros, le fleuve frontière entre la Turquie et la Grèce, en Égée, en méditerranée ou dans une des régions côtières du nord-ouest de l'Afrique, spécialement au Maroc.

Par la coopération avec l'Eglise évangélique au Maroc (le district évangélique de Jülich entretient un partenariat avec elle) la plateforme eurégionale, est régulièrement informé sur les événements au Maroc. De nombreux témoignages oculaires et les expériences des collaboratrices sur place dessinent une image épouvantable de la situation là-bas.

Les réfugiés qui arrivent après des mois de marche à travers le désert, non seulement ne sont pas pourvus d'un minimum de survie par les autorités locales, mais au contraire dévalisés de leurs dernières possessions. Bien que le Maroc ait ratifié la Convention de Genève sur les réfugiés, une demande d'asile est impossible, car il n'y a pas de bureau pour cela. Par conséquent les réfugiés au Maroc sont illégaux et ne reçoivent aucun don de l'état. Vivant en illégalité, ils sont considérés comme du gibier et traités de la sorte. Sans droits et sans protection ils sont à la merci de répressions quotidiennes et d'un racisme public. Les nouveaux-nés n'obtiennent pas de certificat de naissance, ni papiers, aucun statut.

La violence contre les réfugiés augmente sans cesse, des offenses contre les droits de l'homme envers les réfugiés par les forces de l'ordre marocaines sont à l'ordre du jour. Les femmes sont violées comme par évidence, parfois à plusieurs reprises. Que les forces de l'ordre détruisent les abris de fortune que les réfugiés ont construits avec des panneaux en plastique, est devenu une pratique commune. Le nombre des rafles a augmenté énormément, on agit

contre les réfugiés avec une violence parfois mortelle. Des hommes sont expédiés comme cargaison vivante, et transportés loin des autres dans le désert frontalier de l'Algérie, pour qu'ils n'aient pas de contacts entre eux et ne puissent pas s'entraider, dépourvus de chaussures pour qu'ils n'aient aucune chance de s'enfuir. Dans un entourage hostile ils sont exposés à la mort, même les femmes avec des enfants nouveau-nés sont abandonnées à leur sort mortel avec leurs nourrissons. Les grands blessés sont expédiés vers des endroits secrets pour y être jetés dans des fosses cachées, après avoir été dévalisés de leurs papiers d'identité, de leur argent et de leurs moyens de communication. Ils meurent à des endroits que personne ne peut visiter sans danger de mort.

C'est par milliers que les migrants et les réfugiés se trouvent dans un embarras inévitable: ils ne peuvent continuer leur voyage ni rebrousser chemin et non plus rester au pays. Un très grand nombre parmi eux serait exposé à l'arbitraire et au mauvais traitement dans une situation où les autorités avec leurs stratégies de défense traitent les réfugiés avec une indifférence mortelle. Aux citoyens marocains il est interdit sous peine d'amende de donner le moindre secours, même une aide humanitaire et médicale est empêchée et réprimée. Seules engagées sur place, les organisations évangéliques et catholiques, la Caritas et l' Aide aux réfugiés (CEI) de l'Eglise évangélique du Maroc, ainsi que quelques plus petites ONG se chargent des secours dans la misère révoltante, mais les capacités personnelles et financières sont loin d'être suffisantes pour pouvoir au plus nécessaire. Ceux qui sont actifs dans le travail pour les réfugiés obtiennent de moins en moins, de la part des autorités marocaines, de moyens pour un soutien élémentaire, afin d' éviter aux réfugiés de mourir de soif et de faim.

Tout de même ces dernières années le nombre de réfugiés augmente de façon dramatique, de plus en plus d'Africains et même des Asiatiques viennent au Maroc, d'autres sorties de secours étant barrées. Nombre de réfugiés mineurs d'âge non accompagnés se trouvent menacés de toutes parts. Des organisations maffieuses, le trafic d'hommes et la prostitution forcée, augmentent encore la misère des réfugiés.

Des milliers de réfugiés, qui arrivent à trouver une place sur les bateaux en direction de l'Europe en dépit de toutes les repréailles et des circonstances périlleuses, meurent dans leurs tentatives d'atteindre le continent européen. Tout le temps on nous fait savoir que les gardes côtières ne tiennent pas compte des signaux de détresse des bateaux en train de couler, ou bien même empêchent

leur débarquement. La dimension du désespoir explique de façon dramatique que de plus en plus de réfugiés essaient d'atterrir sur les rives sûres de l'Europe avec des canots pneumatiques qui ne sont pas reconnus par les radars sur la côte et sur les bateaux de la marine, et ainsi voyagent vers une mort certaine.

Qui a vu de ses propres yeux les visages des réfugiés traumatisés, qui a vu leurs blessures corporelles et mentales, qui a parlé avec eux et a entendu leurs gémissements et leur nostalgie d'un peu de paix, celui-là comprend l'importance de la résistance contre cette politique étrangère de la Communauté Européenne.

Responsabilité politique et morale

Ces rapports scandaleux avec des gens qui fuient la violence et la misère, nous autres Européens en sommes largement responsables, même doublement. Tout d'abord le scandale de la politique étrangère qui consiste dans le fait qu'aux frontières extérieures de l'UE tout est fait pour empêcher aux réfugiés l'entrée aux pays de l'UE.

Par le moyen de clôtures insurmontables et militairement gardées et par la chasse aux réfugiés dans l'Égée, dans la mer méditerranéenne et sur les côtes de l'Atlantique, la politique des états européens a fait de l'Europe une forteresse imprenable dans le but d'empêcher l'entrée de tout réfugié.

Tous les ans il y a des hommes qui perdent leur sang dans l'effort de surmonter les barbelés d'une hauteur de six mètres entre le Maroc et l'UE.

L'UE tolère que d'innombrables réfugiés se noient dans la mer méditerranéenne parce qu'ils utilisent des bateaux incapables de tenir la mer. Nombreux sont ceux qui sont repoussés hors du territoire de l'UE par l'Agence Européenne pour la Collaboration opérationnelle aux frontières extérieures (Frontex), avec souvent une mort sûre pour conséquence.

Chaque année le Maroc et la Libye reçoivent une aide de millions d'Euro pour qu'ils tiennent loin de l'UE les réfugiés et migrants, au mépris systématique des droits de l'homme.

Ensuite, scandale de la politique intérieure, les mesures et les règlements à l'intérieur des pays de l'UE ayant pour but, à ceux qui ont réussi à entrer dans un pays de l'UE, de leur refuser tout de suite le séjour ou de le rendre le plus dur possible. Parmi ces mesures de défense il y a avant tout ce qu'on appelle le décret de Dublin, dans lequel est réglé la compétence des états membres de

l'UE concernant les procédures d'asile et dont le parlement de l'UE vient de décider la troisième version.

Ce décret sera, sous le titre de "Dublin II", mis en application dès le 1^{er} septembre 2003 dans tous les états de l'UE et les deux états non-UE Norvège et Islande et depuis 2008 également en Suisse.

Il ordonne qu'un réfugié doit faire sa demande d'asile dans le pays européen de sa première arrivée et que, s'il continue son voyage vers un autre pays, il sera renvoyé dans le pays de première arrivée. Cette ordonnance s'avère être hautement menaçante, car le plus souvent s'ensuit l'expulsion vers un pays qui ne veut ni ne peut observer les standards du droit humanitaire. Ce soi-disant "manque systématique" (p.ex. de capacité d'hébergement avec comme conséquence manque d'abri, manque de soins, hostilité, poursuites, absence de droits) devrait être, pour la politique comme pour les autorités, un motif suffisant pour empêcher les expulsions "aveugles" purement formelles. Au contraire dans la pratique de tous les jours des autorités concernant les demandeurs d'asile, les considérations humanitaires ou juridiques ne jouent presque aucun rôle.

Le Décret de Dublin a des conséquences dangereuses, voire mortelles pour les réfugiés, puisqu'il légitime les traitements inhumains de certains pays de l'UE envers les hommes qui demandent secours. L'intérêt des réfugiés, introduire une demande d'asile dans le pays de leur choix, est dédaigné; ce qui importe est l'intérêt de la plupart des pays de l'UE de tenir les réfugiés le plus loin possible de leur ressort ou bien de s'en débarrasser au plus vite.

Les pays aux frontières extérieures de l'UE, le plus souvent les pays de première arrivée, sont ainsi chargés du plus grand poids financier et social.

Du point de vue des quotas d'accueil on ne peut guère constater une solidarité quelconque.

Le 8 juin 2013, donc tout récemment, est devenu un point culminant de la politique d'expulsion de l'UE et une journée noire pour les réfugiés, car date à laquelle a été signé l'accord sur la reprise (des réfugiés) avec le Maroc.

Cet accord dans le cadre de la PEV (Politique Européenne de Voisinage), qui rend possible que les réfugiés transsahariens de l'UE soient expulsés vers le Maroc, a reçu sa version définitive, le 1^{er} mars à Rabat, lors de la visite de Cecilia Malström, Commissaire Européen des Affaires Intérieures. Avec la PEV on institue des rapports privilégiés entre l'UE, le Maroc et la Tunisie, l'Algérie étant associée. La disposition du Maroc de reprendre tous les réfugiés et migrants qui sont arrivés dans l'UE à travers le Maroc, est achetée avec des facilités de visas pour étudiants et commerçants.

Même les parlementaires critiques de l'UE ne voient pas de possibilité d'arrêter ce processus de verrouillage progressif, célébré par l'UE comme succès politique et dont tous les intéressés connaissent le résultat: d'innombrables gens sans moyens qui ont échoué au Maroc ,augmentés de ceux qui ont été expulsés de l'Europe, sont exposés à un scénario de menaces et d'excès de violence loin de la protection des droits de l'homme.

Beaucoup d'entre eux ne survivront pas, en outre le danger augmente d'une escalade qui pourrait mener à des situations proches d'une guerre civile.

Dans la logique politique, l'Europe non seulement s'accommode de la mort d'innombrables hommes que le désespoir a mis en fuite, mais leurs souffrances et leur mort sont dans le collimateur de l'agenda européen sur les réfugiés.

Avec la transposition vers le quotidien des assertions politiques les autorités des affaires étrangères ont construit de nombreux obstacles dangereux et violents ayant pour but d'empêcher l'entrée des pays de l'UE aux réfugiés, resp. de leur rendre le séjour insupportable. Les rapports de la part de quelques organisations pour les réfugiés dans l'Eurégio montrent de façon concrète les problèmes suivants:

- Expulsions, en particulier de Roma (individus et familles) qui vivent en Allemagne depuis longtemps, y ont fait leur scolarité et ne connaissent ni la langue de leur "patrie", ni ne sont familiers avec les circonstances là-bas. (Rapports de Aix-la-Chapelle, Mönchengladbach et de l'aéroport de Düsseldorf)
- Pratique rigide dans beaucoup de bureaux pour étrangers
- Incarcération de réfugiés sans aucun délit pénal
- refoulement dans l'illégalité de réfugiés non reconnus (Belgique) avec des conséquences considérables pour le ravitaillement, la santé, l'éducation des enfants
- suppression des dons selon la loi sur les prestations des demandeurs d'asile, lorsqu'on suppose manque de soutien ou obtention frauduleuse de sécurité sociale, ce qui arrive souvent de façon totalement arbitraire et incorrigible
- refus de tout soutien financier ou matériel, p.ex. en Belgique, avec pour conséquence que le séjour des réfugiés là-bas est une non-existence sans aucune protection.

Ces expériences régionales reflètent la misanthropie de la politique actuelle à propos des réfugiés. Cela concerne les pays individuels comme la Belgique, l'Allemagne et les Pays-Bas de même que toute l'Union européenne.

Souvent les réfugiés sont emprisonnés dans le but de les expulser, maintes fois aussi les mineurs d'âge doivent persévérer pendant des semaines en détention d'expulsion. En cas d'expulsions sans détention préliminaire le délai entre la décision d'expulsion et l'exécution est souvent tellement serré que le temps manque pour introduire un avocat ou une demande d'arrêt d'expulsion. L'emprisonnement de réfugiés sans procès verbal pénal est en contradiction éclatante avec la Constitution et le système juridique démocratique.

Même en cas de tolérance, les conditions de vie sont sans protection, car celle-ci est toujours de courte durée. Chaque contrôle peut avoir l'expulsion comme conséquence. Cette procédure peut s'étendre sur des années (les soi-disant tolérances en chaîne) et finira quand-même par l'expulsion de personnes qui déjà sont souvent mentalement bouleversées.

Ces derniers temps c'étaient en particulier des Roms, souvent des familles entières, qui étaient frappés par ces expulsions en chaîne.

Pendant la procédure de demande d'asile une interdiction de travail et de formation est en vigueur pour la première année, de sorte qu'on refuse à ces gens toute intégration sociale; ensuite, la durée de leur séjour étant incertaine, il leur est quasiment impossible de trouver du travail. Les jeunes ont bien droit à une formation, mais la durée restreinte de la tolérance ou l'incertitude sur l'avenir égalent pratiquement une interdiction de formation. Le ravitaillement des demandeurs d'asile, loin au-dessous du niveau qui vaut pour la population locale, ne s'est pas amélioré depuis l'assimilation des allocations décrété par la justice en juillet 2012, car souvent il est question de réductions chicaneuses et d'allocations matérielles et financières discriminatoires.

Les conventions internationales obligatoires

L'exclusion politique de réfugiés et leur traitement inhumain par les lois, les autorités et leurs organismes exécutifs non seulement sont inouïs du point de vue éthique et humanitaire, mais encore parce que les états qui prennent ces mesures mortelles, agissent contre les accords internationaux dont ils se dé-

clarent naturellement partisans dans leurs discours du dimanche et dans leurs discussions soignées:

- la Déclaration universelle des droits de l'homme (1948),
- la Convention de Genève sur les réfugiés (1951),
- la Convention européenne des droits de l'homme (1998)
- les Résolutions du Conseil de l'Europe de l'an 1999 (à Tampere, Finlande)
- la Convention des droits de l'enfant des Nations Unies (1989) et la
- Convention européenne sur la pratique des droits de l'enfant

A Tampere, entre autres, fut confirmé l'importance du **“droit inconditionnel à l’asile et décidé une politique d’asile commune européenne, qui, ainsi le président du Conseil finlandais, repose sur l’application illimitée et totale de la Convention de Genève”**, et il a déclaré **“que toutes les mesures à prendre soient mesurées à celle-là.”**

Jusqu'ici pratiquement aucune de ces déclarations d'intention a été mise en pratique, les violations des conventions sur les droits humains définissent le quotidien de la politique sur les réfugiés et l'asile. Avec le Décret de Dublin de 2003 a été adopté une pratique d'exclusion rigide de l'UE envers les réfugiés, les contrôles aux frontières ont été renforcés jusqu'à l'imperméabilité et les possibilités de demander l'asile dans l'UE se sont rétrécies au minimum, sauf pour quelques exceptions politiquement voulues et économiquement utiles.

Beaucoup d'acteurs actifs dans des ONG et qui s'engagent pour les demandeurs d'asile et les réfugiés, mais aussi des parlementaires européens critiques, la Cour européenne et le Tribunal fédéral ont montré le déficit humanitaire, juridique et éthique de la politique européenne d'asile dans de nombreuses estimations et conclusions critiques ainsi que dans la pratique de tous les jours. Les nouvelles versions des règlements dans cette matière, publiées au milieu de cette année par le Parlement européen, auraient rendu possible des rapports de l'Union européenne avec les réfugiés et demandeurs d'asile sur une nouvelle base de respect conforme aux droits de l'homme.

Les commentaires et évaluations présents jusqu'ici arrivent en majorité à la conclusion, qu'à l'opposé de quelques améliorations apparentes des droits sont supprimés par des procédures aggravantes ou excluantes – d'ailleurs le plus souvent contre les conceptions généralement humanitaires de la Commission européenne.

La directive d'accueil de l'UE, dans laquelle sont réglées les conditions d'accueil pendant la procédure d'asile, apporte des progrès dans l'accès au marché du travail, dans la sécurité sociale, dans les soins de santé et pour l'identification des nécessiteux, mais en laisse finalement l'application aux états individuels, sans les obliger au moins à des standards minimum; en même temps les motifs d'incarcération pour demandeurs d'asile sont élargis et l'incarcération de mineurs d'âge, qui enfreint tous les accords internationaux, est bien réglée plus ou moins selon les droits de l'enfant, mais toujours admise.

La nouvelle version du Décret de Dublin – Dublin III – sur la compétence des états membres dans la procédure d'asile, enlève aux demandeurs d'asile un des derniers mécanismes de protection, la protection subsidiaire en cas de menace de torture, entre autres. Elle prononce bien une défense de déplacement en cas de pénurie systématique dans le pays de destination, prévoit des entretiens personnels, des recours en justice et des règles plus claires pour la transmission du certificat de domicile, dans l'art. 6 il y a une garantie sur le bien-être pour les mineurs d'âge, mais en général toutes les formulations restent tellement vagues et donnent aux états et aux autorités une telle marge de jugement, que finalement on peut mettre en doute les améliorations pratiques pour les personnes en quête de protection et de secours.

Finalement la nouvelle version de la directive UE sur la procédure d'asile prévoit un soi-disant "règlement sur les états d'origine et états tiers sûrs", dont la notion de sécurité sans aucun cadre défini ou de droit humain donne place à des interprétations arbitraires quant à savoir quand et quel état peut être qualifié de "sûr" et ouvrira ses portes. Pour les demandeurs d'asile cela augmente le risque d'être livré à des conditions établies pour leur destruction mentale et physique.

Cette menace est accentuée par l'amplification grandissante de raisons de dits processus accélérés ou procédures frontalières qui cachent un risque élevé d'emprisonnements ou de refoulements dans le pays d'origine, impliquant des conséquences catastrophiques pour les concernés, dont certains s'avèrent être mineurs.

Un point culminant dans cette stratégie politique indigne d'exclusion de personnes désespérées et épuisées qui fuient vers nous est, last but not least, la nouvelle version de la directive "Eurodac" dans laquelle est réglementée qu'en tant que mesure de secours pour l'exécution du Décret de Dublin, on prendra

et mémoriser les empreintes digitales des réfugiés. La réglementation actuelle prévoit, au mépris des droits fondamentaux des réfugiés, en particulier leur droit à une vie privée et à la protection de leurs données, que les données Eurodac puissent être comparées avec celles d'Europol.

Ainsi tout demandeur d'asile devient suspect criminel, la stigmatisation arbitraire des demandeurs d'asile obtient une base formelle et pour eux les droits humains substantiels sont abolis de façon encore plus systématique que jusqu'ici.

Tout cela sonne monstrueux, est inconcevable et pourtant se passe au nom de l'UE qui précisément par ses mérites pour les droits de l'homme et la paix a reçu le prix Nobel de la paix. Cela est cynique et incompatible avec la réalité des meurtres tolérés et financés par l'Europe et à justifier par ses politiciens. En règle générale l'exclusion dans les états voisins est financé par les moyens de l'UE. Ainsi le problème des réfugiés est transféré par cette politique de blocus. L'observation des droits de l'homme n'y joue aucun rôle. Bref, la politique européenne sur les réfugiés est en vive contradiction avec l'idée et les termes des déclarations, conventions et accords qui, mesurées à la réalité politique, ne valent pas le papier sur lequel elles ont été écrites. Une Europe qui prend au sérieux ses responsabilités civilisatrices, éthiques et humanitaires, devrait comprendre les réfugiés comme une chance cosmopolitique et les intégrer naturellement et de façon active.

Notre devoir chrétien

Au regard de cet inventaire de la situation des réfugiés et des demandeurs d'asile en Europe, nous ne pouvons que conclure: Il est grand temps qu'en tant qu'Eglise nous rappellions publiquement à l'état et à la société la responsabilité envers leur propre histoire allemande. Par l'échec et la culpabilité de nos Eglises (allemandes) nous avons appris: "Wehret den Anfängen". La barbarie, la violence et l'assassinat brutal de gens qui cherchent protection doivent immédiatement prendre fin. Plus jamais notre Eglise ne pourra se taire lorsque des hommes sont systématiquement et délibérément torturés et assassinés ou abandonnés à leur sort. Sinon nous nous rendons encore coupables de la mort de gens désespérés.

Parmi nos devoirs envers les gens qui veulent venir vers nous, d'Afrique et d'ailleurs, il faut aussi et toujours que nous nous rendions compte que la situation catastrophique actuelle dans la vie et dans le ravitaillement sur le continent africain est à terme une conséquence directe de l'exploitation coloniale du XIX^{me} siècle.

L'exploitation colonialiste suivie jusqu'ici de celle impérialiste – ou néo-libérale – des ressources naturelles du continent africain a pour conséquence que beaucoup de pays jusqu'à nos jours n'ont guère eu les possibilités de trouver et de développer leurs propres chemins économiques, culturels et politiques. Relations commerciales injustes, les effets du changement climatique, spéculations avec des vivres et crises de nourritures, dépossession des terres et privatisation des produits de base tels semences et eau, touchent durement les gens dans les régions les plus pauvres. Ce sont pourtant les pays industriels, en particulier les pays de l'UE qui en sont avant tout responsables. Les états membres de l'UE profitent de l'accès aux nouvelles sources d'énergie en Afrique du nord et de l'exploitation des soi-disant terres rares. Avec des traités commerciaux unilatéraux on exploite les zones de pêche et on détruit les marchés locaux, qui sont submergés par les produits hautement subventionnés provenant d'Europe. En attendant, des stratégies militaires comme moyens prétendument légitimes pour protéger les ressources, sont devenues évidentes. Si, de notre côté, nous aurions dû vivre dans des conditions comparables, personne n'aurait eu d'autre choix qu'entre le sacrifice de soi-même et l'espoir de la fuite vers le paradis apparent de l'Europe.

Pour nous chrétiens, le fait que notre présent paisible et saturé est protégé par des atteintes massives aux droits de l'homme est une provocation insoutenable, étant incompatible avec les bases de notre foi qu'elle contredit profondément. Dans la résolution de 2003 nous avons motivé ainsi la résistance chrétienne nécessaire: ***“L'homme a été créé à l'image de Dieu. La communion en Christ supprime les confins et les différences entre les hommes dans leurs rapports mutuels. Ce sont des indications essentielles que la discrimination, l'exclusion et la répression d'hommes sont en contradiction profonde avec le message biblique et l'évangile de Jésus-Christ.”***

Aujourd'hui nous y ajoutons que pour nous, la dignité des hommes est un bien suprême et non négociable. Nous ne pouvons, ni ne voulons accepter que les hommes dans le besoin de notre temps deviennent l'objet d'une politique dirigée non pas vers les besoins et les droits de l'homme, mais vers le profit et

le bien-être personnel. Pour nous autres, chrétiens, la fuite d'hommes devant des conditions de vie indignes est un droit divin qui revient à tous les hommes, indépendamment de l'origine, du sexe et de la religion. Violer délibérément le commandement de protéger les réfugiés et de leur offrir l'hospitalité détruira la base du devoir chrétien, qui est de rencontrer tous les hommes avec miséricorde et charité et d'être un bon prochain.

Le dédain du droit à la vie de personnes souffrant physiquement et psychologiquement, qui sans nourriture et eau, sans soins médicaux, sans argent, sans moyens de communication sont abandonnées et livrées à une mort certaine, ne peut être qualifié autrement que comme meurtre. Nous n'oublions pas l'histoire et elle nous a enseignés: les crimes contre des hommes innocents pendant le régime fasciste ont été excusés par la plupart des Allemands avec le prétexte qu'ils l'ignoraient. Aujourd'hui de telles excuses sont exclues face à une information complète. Pour nous en tant que membres d'Eglises chrétiennes, l'aveu de Dietrich Bonhoeffer, un chrétien, victime de la violence meurtrière du fascisme le 9 avril 1945, est une obligation. Ses paroles nous exhortent à regarder et nous appellent à agir et – si besoin en est – à la résistance contre les lois et les pratiques qui dégradent et livrent à des menaces mortelles les réfugiés dont le sort ressemble par trop au sien:

“L'église avoue avoir vu l'application arbitraire de violence brutale, la souffrance physique et mentale d'innombrables innocents, la haine et le meurtre, sans élever sa voix pour eux, sans avoir trouvé les moyens pour courir à leur secours. Elle est devenue coupable de la vie des plus faibles et plus démunis frères de Jésus-Christ.”

(D. Bonhoeffer, Schulbekenntnis, in Ethik, 11. Auflage 1985, S. 118-123).

Parer la détresse

Nous, expéditeurs de cette résolution, nous demandons avec force aux responsables des Eglises et des organisations politiques de faire tout ce qui est dans leur pouvoir pour terminer immédiatement ces situations et mesures insupportables.

Nous exigeons du Parlement européen qu'il se distancie de la politique européenne d'exclusion et qu'il insiste à ce que, aux frontières extérieures de l'Europe, en particulier dans les pays du Maghreb, les Droits de l'Homme valent aussi pour les réfugiés. En cas de manque de disposition à traiter les réfugiés conforme aux Droits de l'Homme et de leur accorder les droits et les secours qui en dérivent, de refuser aux pays du Maghreb tous les moyens financiers de la part de l'UE, qui selon nos informations montent à au moins 800 millions d'Euro par an, et de revenir sur tous les engagements dans le cadre de l'accord sur le refoulement.

Nos revendications et appels pour mettre terme à une politique d'asile et de réfugiés meurtrière devront entrer haut et fort dans la conscience à tous les niveaux ecclésiastiques et politiques.

Jürgen Baumgart

Pasteur

Rue Abbé Peters 42

B-4960 Malmedy

E-Mail: baumgartjuergen@gmail.com

Herausgeber: Evangelischer Kirchenkreis Aachen
Superintendent Hans-Peter Bruckhoff
Fotos: Jens Sannig
Satz und Layout: Grafische, Ute Küttner, Aachen
Druckerei: Quickprint, Aachen
Auflage: 5.000 Exemplare
Erscheinungsjahr: 2014

Weitere Informationen unter:

www.kkrjuelich.de

www.kirchenkreis-aachen.de

www.protestanet.be

www.bisdom-roermond.nl

